

LinksRutsch

Zeitung der LINKEN im Kreis Unna



Ukraine-Krise:
Die Waffen nieder! (Seite 2)

Ausgabe 2/2022

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna

DIE LINKE
Kreisverband Unna

Das Land sozial gerechter machen!

Von Dr. Carolin Butterwegge

Es ist Zeit für eine Abwahl der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf. Zeit für Veränderung, für mehr soziale Gerechtigkeit, für Bildungsgerechtigkeit, für bezahlbares Wohnen und für den klimagerechten Umbau der Gesellschaft ist jetzt! Dafür braucht es wieder eine LINKE Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Ich streite mit Euch, für DIE LINKE, für den Wiedereinzug in den Landtag. Eines meiner Schwerpunktthemen ist die hohe Kinderarmut, ein seit Jahren ungelöster Skandal: Fast jedes vierte Kind ist in NRW betroffen. Ende 2020 lebten in

Unna 11.500 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in ihren Familien mit Hartz-IV-Bezug, was rund 18% entspricht.

Kampf gegen die Kinderarmut

Kinderarmut ist Elternarmut ist Mütterarmut. Das strukturelle Problem der aufgehenden Schere zwischen arm und reich können wir auf Landesebene zwar kaum lösen, auch nicht die Kinderarmut mit Mitteln der Sozialpolitik an ihren Wurzeln bekämpfen. Dafür braucht es DIE LINKE im Bundestag, die für die Abschaffung von Hartz IV, für eine Besteuerung ho-

her Vermögen und für einen Sozialstaat kämpft, der soziale Risiken wirksam abfedert.

Aber wir können das Land für Kinder und Jugendliche lebenswerter machen, und zwar besonders dort, wo es hakt. Deshalb wollen wir im Landtag für gebührenfreie Bildung streiten, in Kitas und an guten Ganztagschulen, ohne Hausaufgaben, aber mit kostenlosem Mittagessen.

Verbesserung der sozialen Infrastruktur

Wir möchten kommunale Aktionspläne gegen Kinderarmut anstoßen und kostenlose Grundkontingente für Strom und Heizung statt Energiesperren.

Um vor Ort bessere Lebensräume zu schaffen, fordern wir ein Landesinvestitionsprogramm. Es soll Städte und Gemeinden trotz vielfach leerer Kassen zum Ausbau der kinder- jugend- und familienbezogenen sozialen Infrastruktur befähigen: Nicht jedes Villenviertel braucht ein Schwimmbad, Spielplätze, Jugend- und Familienzentren, Beratungsstellen und Treffpunkte. Aber in benachteiligten Quartieren werden sie umso mehr benötigt von Kindern und Jugendlichen.

Für dieses und andere Mammutprojekte braucht es eine starke LINKE im Landtag von NRW!



47 Jahre, Hochschuldozentin, Kandidatin auf Platz 1 der Landesliste der LINKEN in NRW



Gregor Gysi

Mehr Ehrlichkeit (Seite 15)

Gregor Gysi über die immer weiter zurückgehende Glaubwürdigkeit der Politik. Verschiedene Mitglieder im Kreisverband der LINKEN nehmen Stellung zu den Vorstellungen von Gregor Gysi.

DIE LINKE in den NRW-Landtag

Mit drei Kandidatinnen in den Landtagswahlkampf (Seite 5-7)

Interview mit unseren Landtagskandidatinnen Anke Willnat (Wahlkreis 115), Rebekka Kämpfe (Wahlkreis 116) und Katja Wohlgemuth (Wahlkreis 117)

Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW

Gesundheit und Daseinsvorsorge (Seite 8)

Die Linke unterstützt den Kampf um eine bessere Versorgung der Menschen durch eine ausreichende öffentliche Gesundheitsinfrastruktur.

Das Klima schützen, nicht die Konzerne

Wollen wir das Klima retten, müssen wir alle Bereiche unserer Gesellschaft umbauen und bis 2035 klimaneutral sein. Fangen wir bei uns an: In NRW wird ein Drittel des deutschen Stroms produziert, aber nur 16 Prozent davon aus erneuerbaren Quellen. Die nächsten fünf Jahre entscheiden, ob das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung erreicht werden kann.

DIE LINKE NRW steht an der Seite der Klimagerechtigkeitsbewegung. Sie ruft seit vielen Jahren zu deren Protesten auf, unterstützt sie im Kampf für den Hambacher Forst und für die Rettung der Dörfer, die noch immer vom Tagebau Garzweiler 2 bedroht sind. Klimaneutralität heißt für uns auch internationale Klimagerechtigkeit. Dies bedeutet, dass Deutschland sein CO₂ Budget nicht überziehen darf. Rund 30 Prozent aller bundesweiten Emissionen kommen aus NRW.

Die Bewahrung unserer Umwelt ist dabei nicht auf Dauer mit ungezügelterm Kapitalismus vereinbar. Sein blindes Wachstum und seine Gier nach Profit sind Hauptursache der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus.

Wir fordern: Die Kosten des Klimawandels müssen von den Verursachern in Industrie und Wirtschaft sowie den Reichen bezahlt werden. Nötig ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle sowie der Ausbau von Windenergie und solarer Stromerzeugung. Umweltschutz ist kein Luxus. Die Energiewende gehört in Bürgerhand, in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum – überall in NRW!

Klimagerechtigkeit braucht DIE LINKE im NRW-Landtag.

KLIMASCHUTZ-KOMPROMISSE

Unser Klima schützen, nicht die Konzerne!



DIE LINKE.NRW.DE

Herausforderungen für die LINKE

Von Jules El-Khatib und Nina Eumann

Wie sieht es aus in NRW: Landesweit lebt inzwischen jedes vierte Kind an der Armutsgrenze. Für uns ist klar, dass gegen Armut nur Umverteilung und Geld hilft. Als praktische Entlastung für Familien wollen wir ein kostenloses Mittagessen für Kitas und Schulen sowie die kostenlose Nutzung des ÖPNVs für Kinder und Jugendliche einführen.

Die Schere der Bildungschancen ist noch weiter aufgegangen. Wir fordern für

NRW eine Revolution im Bildungssystem, es braucht eine Schule, in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen und damit die Chancenungleichheit minimiert wird. Ein Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz und ein inklusiver, guter Ganztags sind wichtige Schritte dorthin. Notwendig ist ebenso die Abschaffung von Noten, Leistungsdruck und Hausaufgaben, zementieren sie doch ungleiche Bildungschancen.

Statt in erneuerbare Energien zu inves-



tieren, hat die Landesregierung den Ausbau der Windenergie verhindert. Nötig ist nicht nur ein vorzeitiges Ende des Kohleabbaus bis 2030, sondern auch die Förderung kommunaler Energiegenossenschaften, die auf erneuerbare Energien setzen.

Mieten sind in vielen Städten explodiert. Corona hat die soziale Situation von Menschen verschärft. Für immer mehr Menschen ist es unmöglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Wohnungspolitik, die wir wollen, ist gemeinwohlorientiert, bedarfsdeckend und sozial gerecht, wir wollen eine Wohnraumoffensive und Enteignung von Vonovia, LEG Co., damit bezahlbare Wohnungen für die Mieter:innen entstehen.

NRW braucht mehr Investitionen in Busse und Bahnen, damit diese besser und kostenfrei nutzbar werden. Als ersten Schritt wollen wir ein 2-Euro-Ticket für NRW schaffen. Wir schlagen vor, Taktzeiten zu erhöhen und den Streckenausbau zu forcieren. Besonders im ländlichen Raum muss der ÖPNV massiv ausgebaut werden, um das Auto als Verkehrsmittel Nr. 1 abzulösen.

Immer mehr Pfleger:innen verlassen ihren Beruf, weil der Stress immer mehr

zunimmt. Dabei gäbe es genug zu tun, etwa eine Personalbemessung in den landeseigenen Krankenhäusern, die sicherstellt, dass die Pflegenden sich wirklich um die Menschen kümmern können, die Verhinderung von Krankenhausschließungen und eine vollständige Übernahme der Investitionskosten. Dass DIE LINKE den Kampf der Beschäftigten an den Unikliniken in NRW um mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt, versteht sich von selbst.

Frauenhäuser sind chronisch unterversorgt und Alleinerziehende haben kaum Möglichkeiten, eine Ausbildung zu machen oder in erlernte Berufe wieder einzusteigen. Während so versucht wird, konservative Geschlechterbilder zu bewahren, wird im Bereich von Migration und Rassismus bewusst der gesellschaftliche Rechtsruck mitvollzogen. Statt Menschen in Not zu helfen, wird die Abschottungspolitik der EU unterstützt. Wir setzen auf Integrationsperspektiven und die Unterstützung von antirassistischen Bewegungen sowie ein Land, das zum sicheren Hafen für alle Flüchtende und Seenotretter:innen wird.



Jules El-Khatib
31 Jahre, Soziologe
Platz 2, Wahlkreis 67 Essen
„Ich will ein Land, in dem alle Menschen gut leben können, egal wo sie und ihre Familien herkommen, egal ob Mutter und Vater Rechtsanwältin oder Straßenkehrer sind, egal an welchen Gott sie glauben oder eben nicht glauben, egal wen sie lieben.“



Nina Eumann
56 Jahre, Steuerfachwirtin
Platz 3
„Ich will, dass wir die größte Ungerechtigkeit von allen angehen: die Eigentumsverhältnisse, in denen Wenige mehr haben als sie brauchen, während die Vielen nicht wissen, wie sie über den Monat kommen! Deshalb mache ich LINKE Politik.“

Ukraine-Krise: Die Waffen nieder!

Die Spannungen in der Ukraine-Krise eskalieren. Nach Wochen des Säbelraselns und der Aufrüstung auf beiden Seiten hat Putin Truppen in die Ukraine geschickt. DIE LINKE stellt sich gegen den Krieg und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen. Wir sind die Partei des Völkerrechts und lehnen Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ab.

Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange schwer unter dem Kampf um Einflussphären leiden und als erstes von einem Krieg und seinen Folgen betroffen sind.

Der Angriff russischer Truppen auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig, verletzt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und er befördert die Gefahr eines großen Krieges in Europa. Putin hat mit der Anerkennung der »Volksrepubliken« deutlich gemacht, dass er einen aggressiven und imperialistischen Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen. Die Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen gewahrt werden. Die Menschen, die dort leben, dürfen nicht weiter zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden.

Frieden und Gerechtigkeit statt Profite für die Rüstungsindustrie

DIE LINKE – und nicht nur DIE LINKE – hat die Osterweiterung der NATO immer wieder zu Recht kritisiert, da hier an einer Eskalationsspirale gedreht wurde. In den

letzten Jahren hat die NATO mit Raketenstationierungen, fortgesetzter Aufrüstungspolitik und Manövern in Osteuropa die Situation zusätzlich verschärft.

DIE LINKE tritt langfristig für eine Deeskalation im Verhältnis der Nato und Russland ein. Eine weitere Aufrüstung und Waffenexporte in Kriegsgebiete lehnt DIE LINKE ab.

Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten lenken immer von den sozialen Konflikten und Ungerechtigkeiten in den Ländern selbst ab. Tatsächlich profitieren von der militärischen Konfrontation zwischen den Großmächten vor allem die Rüstungskonzerne.

Deswegen stehen wir auf der Seite der Menschen in den NATO-Staaten, in der Ukraine und in Russland, die in ihrer großen Mehrheit keinen Krieg wollen.

Wir fordern daher:

- Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden! Konfliktentschärfung und Deeskalation sind dringend notwendig.
- Alle diplomatischen Möglichkeiten



müssen genutzt werden! Eine Rückkehr zum Minsker Abkommen und dessen Umsetzung bleibt das Ziel.

- Keine Lieferung von Waffen in die Region! Feuer löscht man nicht mit Benzin.
- Keine Aufrüstung – Ablehnung des 2%-Zieles und des 100 Mrd. Sondervermögens für die Bundeswehr.
- Verhandlungen auf Grundlage eines klaren Bekenntnisses zur Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit.
- Geflüchtete schützen! Unbürokratische Aufnahme der Kriegsflüchtlinge. Alle Abschiebungen in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden.
- Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern aus Russland und der Ukraine!





Akuthilfe Ukraine Werne und Umland n.e.V.
 hierfür verwenden wir ihre Spende!



Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands und die daraus resultierenden kriegerischen Handlungen in der Ukraine haben nicht nur uns zutiefst erschüttert, sondern auch viele ehrenamtliche und freiwillige Bürger:innen aus dem gesamten Kreis Unna.

So haben sich mit dem Schwerpunkt Werne und Bergkamen über 200 Bürger:innen über die sozialen Medien und Messenger zusammengetan um Spendenaufrufe zu starten. Die daraus resultierende Hilfs- und Spendenbereitschaft hat die Helfenden nicht nur überrascht, sondern förmlich überrannt. Innerhalb von 72 Stunden konnten insgesamt drei private Kellerräume mit Kleider- und Sachspenden gefüllt werden, sodass die Akuthilfe Ukraine Werne und Umland bereits kurzfristig einen Annahmestopp ausrufen musste.

nahme wieder gem. der Empfehlungen des Dachverbandes ukrainischer Organisationen in Deutschland Sachspenden gesammelt werden.

Seit Vereinsgründung fahren die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer:innen regelmäßig an die polnisch-ukrainische Grenze um Menschen auf der Flucht einen sicheren Weg nach Deutschland zu ermöglichen. So wurden bis zum Redaktionsschluss über 63 Kriegsflüchtlinge in den Kreis Unna gebracht. Insgesamt betreut die Akuthilfe Ukraine Werne und Umland in Zusammenarbeit mit hilfsbereiten Gastfamilien 110 Ukrainer:innen und begleitet diese in ein geregeltes Leben in Deutschland. Zudem wurden über 13 Hilfstransporte mit über 13t dringend benötigter Hilfsgüter einem Kooperationspartner vor Ort, dem Immediate Medical and Evacuation Service übergeben werden, der diese direkt und gezielt in die Ukraine bringt. Sei es zu einem Krankenhaus in Lwiw oder teilweise gar bis Kiew.



Durch eine Unterstützerin konnte die Initiative, die sich zwischenzeitlich zu einem nicht eingetragenen Verein gegründet hat, in Bergkamen-Rünthe eine ehemalige Gaststätte mit über 300m² als zentrales Sammelager bekommen. Diese wurde durch die Unterstützung befreundeter Vereine hergerichtet und umgebaut, sodass dieses nach nicht einmal 72 Stunden sowohl als Lager, als auch als Kleiderkammer genutzt werden konnte. Zudem konnten mit der Inbetrieb-

Aus dem großen Unterstützer:innenkreis werden zudem viele Spendenaktionen durchgeführt, sei es ein Kleiderbasar aus den gespendeten Kleidungen, dem Verkauf von Kuchen und Waffeln oder frisch gegrillten Bratwürsten um die ehrenamtliche und freiwillige Flüchtlingshilfe zu finanzieren. Viele Genoss:innen aus dem Kreisverband unterstützen die Akuthilfe Ukraine Werne und Umland aktiv und tatkräftig, aber Geldspenden auf das Spendenkonto sind weiterhin existenziell wichtig.

DIE LINKE.
 Ortsverband Werne

Akuthilfe Ukraine Werne und Umland
 IBAN: DE25 44 15 2370 0000 0760 00
 BIC: WELADED1LUN

Eine Reise ins Ungewisse

Von Jana Bornemann

Die Nachricht aus Russland am 24.02.2022 schockierte die ganze Welt: Die russischen Soldaten marschieren in die Ukraine ein. Fassungslos betrachten wir das Geschehen von außen in der Hoffnung, nicht auch bald in den Krieg mit involviert zu sein.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen ist größer als je zuvor, doch Katja Wohlgemuth und Ramona Bornemann wollten nicht bloß von außen zuschauen, sondern direkt helfen. Mit ihrem Entschluss an die polnisch-ukrainische Grenze zu reisen, haben sie deshalb nicht lange gewartet. Bereits am Sonntag, den 27.02.2022 - drei Tage nach Beginn des Krieges - fing ihre Reise an.

Sie fahren mit einem Siebensitzer, um möglichst viele Leute mitnehmen zu können. Ihr Ziel war Medyka. Medyka ist einer der Hauptgrenzübergänge an der polnisch-ukrainischen Grenze. Doch ihre Reise verlief nicht ganz ohne Probleme. Auf der Hinfahrt hat Katja Wohlgemuth ihre Geldbörse mit ihren Ausweispapieren und den Fahrzeugpapieren des Fahrzeuges, mit dem sie gereist sind, verloren. Ohne Ausweispapier und ohne Fahrzeugpapiere in der jetzigen Situation ist es sehr schwierig. Sie standen vor der Entscheidung aufzugeben oder die Reise weiterzuführen.

Mutig und entschlossen entschieden sie sich dafür, weiterzufahren. Die Flüchtlinge an der Grenze brauchen schließlich Hilfe! Am Montagmittag kamen sie in Medyka an. Sie waren von der Fahrt komplett erschöpft aber dennoch am Ziel. Sie fragten sich durch und suchten nach einer Familie mit Kindern, die sie mit nach Kamen nehmen könnten.

Die Familien, die sich in den Auffanglagern rund um die Grenze eingefunden haben, waren allerdings alle zu groß. „Daher entschlossen wir uns dagegen eine Familie mitzunehmen. Wir wollten keine

Familien auseinanderreißen. Die Familien haben es gerade schon schwer genug.“, so Ramona Bornemann, Ortssprecherin von den LINKEN Kamen-Bergkamen. Sie haben an der Grenze viele ehrenamtliche Helfer gesehen, unter anderen auch Deutschsprachige die ihnen ihre Hilfe angeboten haben.

Die Atmosphäre an der Grenze empfanden sowohl Ramona als auch Katja als sehr bedrückend. Von der Grenze haben sie ein junges Paar mit nach Kamen genommen. Die Inderin und der Afghane haben beide in der Ukraine eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung gehabt. Das junge Paar war sehr erschöpft von der Reise und die Frau war sehr aufgelöst. Umso besser, dass sie jetzt in Sicherheit sind. Das junge Paar ist privat bei einem Genossen untergekommen. Sie waren sehr dankbar.

Bereits nach einigen Tagen ging ihre Reise weiter nach Hamburg. Das junge



Paar aus der Ukraine hat vor in Deutschland zu bleiben und gelten jetzt als Kriegsflüchtlinge. Wir können sehr dankbar sein, dass es so mutige Frauen gibt, die sich selbst gefährden um andere zu retten.



Zusammen mit DIE LINKE. in den Landtag:

Die KLIMALISTE stellt sich vor

Unser vordringliches Anliegen als Partei KLIMALISTE ist die Erarbeitung und Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen für einen wirksamen Klimaschutz. Treibhausgasemissionen müssen schnellstmöglich in allen Sektoren reduziert werden. Die Zerstörung von Naturräumen und Dörfern für den Abbau fossiler Energieträger muss umgehend beendet werden. Der Ausbau nicht-zukunftsfähiger Infrastruktur sowie Subventionen in klimaschädliche Wirtschaftsprozesse müssen sofort gestoppt werden. Zusätzlich brauchen wir eine Klimafolgenanpassung in allen Sektoren.

Die notwendigen Veränderungen erfordern eine bisher nicht gekannte gesellschaftliche Solidarität zwischen den Menschen in unserem Land und weltweit. Nur so kann ein Ressourcen-schonender Systemwandel hin zu einer Gemeinwohl-orientierten Wirtschaft gelingen. Diese Veränderungen müssen von Beginn an gerecht gestaltet werden.

Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, Verantwortung auf mehreren Ebenen zu übernehmen: Menschen mit geringerem Einkommen verursachen wenige, lebensnotwendige Emissionen. Wohlhabende verursachen um ein Vielfaches höhere

und in großem Maß unnötige Luxusemissionen. Gleichzeitig leiden Menschen mit geringerem Einkommen stärker unter den Folgen der Klimakrise. In gleicher Weise haben die bisherigen Generationen bis heute Emissionen verursacht, deren Folgen die kommenden Generationen in voller Härte zu spüren bekommen. Ebenso verursachen die Länder des globalen Nordens insgesamt und pro Kopf deutlich höhere Emissionen als die Länder des globalen Südens, leiden jedoch in deutlich geringerem Maß unter den Folgen.

Die KLIMALISTE versteht sich als gesellschaftliche Plattform für einen offenen, Konsens-orientierten Diskurs zu politischen Fragen. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Profitorientierung und Wachstumszwang dürfen nicht länger bestimmend für politische Entscheidungen sein. Unsere Partei fordert einen klaren Richtungswechsel in der Politik, der sich zunächst grundsätz-



lich an der Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze ausrichtet und diese mit einer gerechten Umverteilung und einem bewusstem Umgang mit Ressourcen verbindet.

Wir stehen für eine wissenschaftsorientierte und auf den Werten von Aufklärung und Solidarität beruhenden Konsenspolitik, die eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft schaffen will, in der sich die Würde und die Freiheit aller Menschen gleichermaßen entfalten können.

Klimagerechte Verkehrswende – jetzt!

Von Oliver Schröder

Mobilität bedeutet Bewegungsfreiheit, gesellschaftliche Teilhabe und Versorgungssicherheit. Sie muss allen zugutekommen. Allerdings ist der Verkehrssektor derzeit ein Treiber der Klimakrise. Gerade in NRW ist der Rhein-Ruhr-Raum in der Vergangenheit allzu stark auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet worden. Deshalb brauchen wir eine umweltschonende Verkehrswende, die Lebensqualität für alle ermöglicht.

Ausbau des ÖPNV im Kreis Unna

Das bedeutet für uns LINKE. den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) massiv auszubauen, denn so wird bspw. die Stadt Bergkamen im Dezember dieses Jahres die einzige Stadt mit 50.000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen sein, die keinen Bahnanschluss hat. Dabei hat man sich sowohl im Bergkamener Stadtrat, als auch in der Bergkamener Stadtverwaltung eindeutig positioniert, aber diese Entscheidung wird von Entscheidungsträgern auf anderen Ebenen entschieden. Doch bis und ob ein Bergkamener Bahnhof kommt, werden mindestens noch 20 Jahre vergehen.

Damit der ÖPNV auch die Menschen erreicht, die bisher auf das Auto angewiesen sind, muss allen Menschen die Fahrt einfach und unentgeltlich angeboten wer-

den, so wie heute in Deutschland das öffentliche Straßennetz allen zur Verfügung steht.

Zudem darf bei der Stadt- und Verkehrsplanung nicht mehr das Auto im Mittelpunkt stehen. Dem Autoverkehr muss zugunsten von Fußgänger:innen, ÖPNV und Radverkehr Straßenraum entzogen werden: für mehr Aufenthaltsqualität und Begrünung auf Straßen und Plätzen. Wer Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen, sodass sich Menschen gerne draußen aufhalten und fortbewegen. Hier setzen wir LINKE. uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein.

Das liest sich jetzt verständlicher Weise erst einmal nach einem Großstadtkonzept und damit unpassend für den Kreis Unna, doch finden genau diese Überlegungen in den Kommunen im Kreis Unna statt. Sprich so unrealistisch sind die Konzepte gar nicht und so treten wir für intelligente und vernetzte Systeme, für Busse und Bahnen in höchster Qualität sowie sichere Fuß- und Radwege ein.

Im ländlichen Bereich, wozu wir streckenweise auch den Kreis Unna zählen würden, ist der Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erheblich schwieriger, weil die öffentliche Verkehrsinfrastruktur systematisch ausgedünnt wurde und oft nur in Ansätzen existiert.

Hier braucht es ein gezieltes Programm zum Ausbau des ÖPNV in der Fläche mit mehr Buslinien, kürzeren Taktzeiten und der Reaktivierung von Bahnstrecken, um ländliche Regionen für den ÖPNV zu erschließen. Die Verkehrswende in ländlichen Räumen kann nur mit einer attraktiven Alternative zum Auto gelingen.

ÖPNV im Kreis UNNA unentgeltlich

Diese gibt es aber ehrlicherweise bis dato nicht im Kreis Unna und dazu gehört auch die aktuelle Preisstruktur der Verkehrsgesellschaft des Kreises Unna (VKU). Aus diesem Grund muss der ÖPNV, auch bei uns im Kreis Unna, unentgeltlich sein. Ein gut ausgebauter ÖPNV zum Nulltarif, emissionsarm, vernetzt und barrierefrei ist der Kern einer klimagerechten und sozialen Verkehrswende.



Nicolin Gabrysch

Mein Name ist Nicolin Gabrysch. Ich bin Diplom-Volkswirtin und Projektmanagerin in der Entwicklungsfinanzierung, und alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. Seit drei Jahren bin ich als Klimaaktivistin in der Klimagerechtigkeits-Bewegung aktiv, seit 2019 im Vorsitz des Parents For Future Köln e. V. Ich habe das Bündnis KÖLLE For Future mit



aufgebaut und engagiere mich u.a. bei den Initiativen Zukunftsrat Köln, Solar Offensive Köln und Bündnis Verkehrsinitiativen NRW. Seit 2020 bin ich für die KLIMA FREUNDE im Kölner Stadtrat, in vier Ausschüssen (u. A. Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün und Stadtentwicklungsausschuss), sowie im politischen Beirat des Ernährungsrates Köln kommunalpolitisch aktiv. In Abstimmung mit der Klimaliste NRW, die nicht zur diesjährigen Landtagswahl antritt sondern die LINKE im Wahlkampf unterstützt, kandidiere ich auf Listenplatz 5 der LINKEN Landesliste.

Die Erkenntnisse der Klimawissenschaft sind eindeutig und längst allgemein anerkannt. Das Bundesverfassungsgericht hat Klimaschutz zum einklagbaren Grundrecht erklärt. Damit die Erde für nachfolgende Generationen bewohnbar bleibt müssen Wirtschaft und Gesellschaft schnellstmöglich klimaneutral werden. Dafür braucht es unter anderem die umgehende Energiewende hin zu erneuerbaren statt fossilen Energieträgern (Hambacher Forst und Lützerath bleiben!), die konsequente Verkehrswende hin zu bezahlbarem, flächendeckendem ÖPNV und gut ausgebauter Radinfrastruktur für Alle, sowie die massive klimagerechte Umgestaltung von Landwirtschaft und Industrie. Und wir müssen uns dringend mit den Ursachen für die Klimakatastrophe auseinandersetzen: dem Kapitalismus, den Wachstumszwängen und den kolonialen Strukturen der Wirtschaft.

Klimaschutz muss sozialverträglich gestaltet werden. Wir brauchen keinen grünen Kapitalismus sondern Gemeinwohlorientierung, Umverteilung und Chancengleichheit. Die Zugänglichkeit öffentlicher Güter wie Wasser, Strom und Gesundheitsversorgung muss durch Vergesellschaftung von Großkonzernen gewährleistet sein (RWE enteignen!).

Lösungsansätze sowie technische und finanzielle Mittel für den konsequenten ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft liegen auf dem Tisch - jetzt braucht es den Mut, die notwendigen Maßnahmen klar zu benennen und umzusetzen. Dafür werde ich mich im Landtag einsetzen.

Mit drei Kandidatinnen in den Landtagswahlkampf

Auf unserer Kreismitgliederversammlung am 16.01.2022 haben die Genoss:innen des linken Kreisverbandes Unna mit Anke Willnat (Wahlkreis 115), Rebekka Kämpfe (Wahlkreis 116) und Katja Wohlgemuth (Wahlkreis 117) drei Genossinnen aus unseren Reihen als Direktkandidatinnen gewählt. Wir, von der links.rutsch-Redaktion haben mit den Kandidatinnen gesprochen um diese sowohl vorzustellen, als auch ihre persönlichen Schwerpunkte und Haltung zu den Schwerpunktthemen des Landtagswahlkampfes zu erfahren.

LinksRutsch: Stellt Euch bitte einmal kurz vor, damit die Leser:innen sich ein erstes Bild von Euch machen können.

Anke Willnat: Mein Name ist Anke Willnat, ich bin 46 Jahre alt und lebe in Schwerte. Ich bin selbständige Musikerin und alleinerziehende Mutter von zwei großartigen Kindern. Ich habe Soziale Arbeit studiert, und schreibe gerade an meiner Bachelorarbeit.

Rebekka Kämpfe: Mein Name ist Rebekka Kämpfe, ich bin 34 und komme aus Werne. Nach jahrelanger Selbstständigkeit habe ich mich mit Geburt meiner Tochter dazu entschieden nochmal ein Studium (Soziale Arbeit) zu beginnen, mit dem ich quasi – wenn die Politik nicht wäre – schon fertig wäre.

Katja Wohlgemuth: Mein Name ist Katja Wohlgemuth, ich bin seit 30 Jahren glücklich verheiratet und habe vier Kinder. Seit vielen Jahren arbeite ich als Lehrerin an der Käthe-Kollwitz Gesamtschule in Lünen-Süd und liebe meinen Beruf noch immer. Seit 2021 bin ich auch Mitglied des Kreistags Unna und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke – UWG Selm.

LinksRutsch: Wir sind in Nordrhein-Westfalen – parteiübergreifend – der einzige Kreisverband, der nur Frauen ins Rennen schickt. Warum braucht es nicht nur mehr Frauen im Landtag, sondern generell mehr Frauen in der Politik?

Anke Willnat: Weil, jetzt mal etwas salopp formuliert, wir Frauen einfach die besseren Frauen sind! Wenn wir als Gesellschaft eine echte Gleichberechtigung wollen, dann geht es nicht, dass weiterhin Männer im Namen von Frauen für Frauen Entscheidungen treffen. Wir haben eine eigene Stimme. Es wird sonst immer eine stark männlich geprägte Sichtweise auf die zu behandelnden Themen geben. Etwas provokant gesagt, die männlich geprägte Politik der Vergangenheit hat ja nicht unbedingt dafür gesorgt, dass es uns als Gesellschaft besser geht. Auch wenn der Anteil von Frauen im Bundestag gestiegen ist, wir haben noch immer nur einen Anteil von 34%, im Landtag NRW sind es sogar nur 27%. Ich bin absolut davon überzeugt, dass sich mit mehr Frauen in der Politik auch die politischen Schwerpunkte verschieben lassen, damit wir auf lange Sicht nicht nur für Geschlechterge-

rechtigkeit, sondern auch für mehr soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen sorgen können.

Rebekka Kämpfe: Oder ganz einfach ausgedrückt: Wir machen 50% der Weltbevölkerung und damit auch 50% der Landes- und Bundesbevölkerung aus und wir sollten in jeglichen Bereichen mindestens 50% Mitbestimmungsrecht haben, die Meinung und Einstellungen von Frauen gehören überall gehört.

Katja Wohlgemuth: Dem möchte ich einige Beispiele hinzufügen. Wir Frauen verdienen weniger, arbeiten mehr im Haushalt und selbst Büromöbel sind auf Männergröße zugeschnitten, ebenso wie die Dosierung von Medikamenten, das ist ein Unding. Daran sieht man, dass noch viel zu tun bleibt für die Gleichberechtigung. Da ist es doch ganz wunderbar, dass von unserer Partei drei Frauen ins Rennen geschickt werden. Frauen fehlen in der Politik, auch bei uns. Also liebe Frauen, ob jung oder alt, fühlt euch herzlich eingeladen bei uns mitzumachen. Was selbstverständlich auch für alle Männer gilt!

LinksRutsch: Kommen wir zur Landtagswahl und zu eurer Kandidatur: Was sind eure politischen Schwerpunkte?

Katja Wohlgemuth: Ich will Dinge verändern: eine Schule, in der es gerecht zugeht, Wohnungen, die man bezahlen kann, eine Umwelt, in der wir friedlich leben können. Besonders eine gerechte Schule, die nicht mehr den ärmeren Kindern einfach schlechtere Chancen gibt, liegt mir am Herzen. Aber wie soll das bezahlt werden? Durch gerechte Steuern, die das Geld endlich umverteilen. Die großen Vermögen im Land haben sich in Coronazeiten verdoppelt, die das Vermögen besitzen, werden also nicht arm, wenn sie z.B. die Hälfte abgeben an den Staat und damit auch an unser NRW. Dann kann es losgehen mit dem sozialen Umbau unserer Gesellschaft. Und da gibt es viel zu

tun! Der Klimaschutz muss gelingen. Aber er muss auch sozial gelingen. Niemand, der arbeitet für sein Geld kann auf Dauer die steigenden Preise bezahlen. Und die Preise explodieren: für die Miete, die Heizung, die Lebensmittel, den Strom, das Benzin, die Medikamente usw. Darum

gliedsbeiträge angewiesen sind, um ihre Mitarbeiterinnen überhaupt bezahlen zu können. Dabei hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention dazu verpflichtet, offensiv gegen Gewalt gegen Frauen vorzugehen, und die Errichtung von Frauenhäusern gehört mit dazu. Daran sieht man leider, wie Politik in Deutschland funktioniert. Diese Frauen haben praktisch so gut wie keine Lobby, die ihre Interessen durchsetzt, also bewegt sich da auch wenig bis gar nichts. Das ist aber nur ein Aspekt. Weitere Schwerpunkte sind Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Rebekka Kämpfe: Meine politischen Schwerpunkte liegen eindeutig im frauenpolitischen und feministischen Bereich. Insbesondere das Thema „Care-Arbeit“, bzw. „Fürsorge-Arbeit“ liegt mir sehr am Herzen, da diese überdurchschnittlich, nein, überwiegend von Frauen geleistet wird. Fürsorge-Berufe, also „typische Frauen-Berufe“, werden aber deutlich unterbezahlt und gerade die, die Zuhause geleistet wird, erfährt

noch weniger Anerkennung. Das muss sich ändern und hier will ich für mehr Anerkennung kämpfen.

LinksRutsch: Was wir nicht nur für die Landtagswahl, sondern für die kommenden Jahre als Schwerpunktthemen ausgemacht haben. Wie ist eure Position zur Bildungspolitik?

Anke Willnat: Das Einkommen, die Bildung und die Herkunft der Eltern beeinflussen den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Aus abgehängten Kindern werden dann auch meist abgehängte Erwachsene. Deshalb ist es so wichtig, Bildung für alle entgelt- und gebührenfrei zugänglich zu machen und flächendeckend die Schulen mit Unterrichtsmaterialien, Lehr- und Betreuungskräften und



müssen Vermögen anders besteuert werden, auch im Land.

Anke Willnat: Vermutlich hat man es schon aus der Frage zuvor herausgehört: ich setze mich unter anderem für Geschlechtergerechtigkeit und die Rechte von Frauen ein. Hier ist zum Beispiel der Ausbau von Frauenhausplätzen in NRW ein Thema, für das ich mich engagiere. Ich habe während meines Studiums ein Jahr lang in einem Frauenhaus gearbeitet. Es fließt viel zu wenig Geld vom Staat in den Schutz von Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Es gibt viel zu wenig Plätze, nicht nur in NRW, sondern in ganz Deutschland. Die Frauenhäuser werden meist von Vereinen geführt, die u.a. auf Spenden und Mit-



Anke Willnat, Schwerte
Direktkandidatin im Wahlkreis 115
Unna I (Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Schwerte, Unna)



Rebekka Kämpfe, Werne
Direktkandidatin im Wahlkreis 116
Unna II (Lünen, Selm, Werne)



Katja Wohlgemuth, Bergkamen
Direktkandidatin im Wahlkreis 117
Unna III - Hamm II (Bergkamen, Bönen, Kamen, Hamm-Herringen)

allem auszustatten, was für erfolgreiches Lernen notwendig ist. Unser dreigliedriges System ist aufgrund der sinkenden Schülerzahlen nicht nur kostspielig im Erhalt, es ist in der Regel auch nur nach unten durchlässig. Am Ende der Grundschulzeit, wenn die Kinder gerade mal 10 Jahre alt sind, werden sie schon selektiert und es werden Weichen gestellt, wie der weitere Bildungsweg verlaufen wird. Mit unserer Forderung nach einer Gemeinschaftsschule wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Katja Wohlgemuth: Schule bedeutet zurzeit für alle dort viel Stress: Keine Zeit für langes Erklären, auch bei bester Absicht kann eine Lehrkraft nicht alle in der Klasse genügend betreuen und Corona hat alles noch verschärft! Bildung muss sein wie im Norden Europas: mehr Geld für die Schulen und Kitas, dadurch mehr Lehrkräfte und mehr gesunde Klassenräume. Unsere Schulen müssen saniert werden oder gleich neu gebaut. Und, ganz wichtig: keine Noten bis Klasse 9, das gibt Zeit zum Lernen ohne Stress. So kann jedes Kind aufholen und es wird endlich gerechter an unseren Schulen. Schweden hat es vorgemacht. Und wie wäre es mit ein wenig Plattdeutsch an unseren Schulen, der Sprache unserer Geschichte? In der Schweiz ist das Alltag. Schule kann so viel mehr sein als eine Lernfabrik. Dafür setze ich mich ein. Im Alltag und im Landtag, mit Ihrer Stimme.

Rebekka Kämpfe: Dem ist nichts hinzuzufügen, denn gerade in der Corona-Pandemie haben wir nochmal gesehen, und das ist die traurige Wahrheit, dass der finanzielle Hintergrund der Kinder und Familien eben doch einen riesigen Unterschied macht. Da gibt es zum einen Kinder, die über das Handy und Mobilfunknetz am Online-Unterricht teilnehmen mussten, während drei jüngere Geschwister teilweise noch im gleichen Zimmer von der Mutter betreut wurden. Andererseits gab es aber auch Kinder, die nicht nur sowohl über ein eigenes Laptop oder Tablet als auch über ein eigenes Zimmer verfügen, sondern auch auf Nachhilfe-Unterricht zurückgreifen konnten. Dem wollen wir mit unseren Forderungen nach einer Schule ohne Hausaufgaben, der Abschaffung des 3-gliedrigen Schulsystems sowie der Schaffung von gut bezahlten multiprofessionellen Teams entgegenwirken.

LinksRutsch: Wie ist eure Position – hier konnte unser Landesverband den Aktivist:innen Kalle Gerigk gewinnen – zur Wohnungspolitik in NRW?

Anke Willnat: Auch ein wichtiges Thema in NRW, hier haben wir hohen Handlungsbedarf. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum noch zu finden, hier sieht man auch wieder die Folgen, wenn der Markt sich selbst überlassen wird. Die Zeiten vom sozialen Wohnungsbau sind vorbei. Es darf nicht sein, dass einkommensschwache Menschen aus ihren Vierteln und aus den Städten vertrieben werden, weil in der Folge von Privatisierungen aus Sozialwohnungen teure Luxusapartements gemacht werden. Die steigenden Energiepreise treiben diese Menschen noch weiter in die Enge. Wohnen ist Grundbedürfnis

und Grundrecht zugleich. Wir brauchen eine Abkehr von dieser Entwicklung. Wir brauchen einen deutlichen Ausbau von öffentlich gefördertem Wohnungsbau und einen funktionierenden Mietendeckel. Immobilienspekulationen muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Rebekka Kämpfe: Die Mieten steigen und steigen, der Traum vom Eigenheim bleibt für viele ein Traum, der nicht einmal mehr ansatzweise realisierbar scheint. Wir brauchen daher dringend einen bundesweiten Mietendeckel und ein Instrument, damit Wohnen generell kein Spekulationsobjekt wird. Wohnen ist ein Grundrecht!

Katja Wohlgemuth: Da müssen wir ansetzen. Sozialer Wohnungsbau statt Betonwüsten: Menschen wollen sich begegnen; wir wollen soziale Bauprojekte fördern und vor Ort Treffpunkte schaffen für mehr Miteinander, Orte wo man sich setzen kann, und reden mit seinen Nachbarinnen und Nachbarn, statt auf kahlen Parkplätzen vor Discountern zu stehen, die abends auch noch gesperrt werden. Ein wichtiger Baustein dazu soll genannt werden: Kümmerer vor Ort – das ist ein Konzept für direkte Ansprechpartner:innen in jeder Siedlung, am besten in einer dafür freigehaltenen Wohnung, mit der Möglichkeit zum Kaffeeklatsch und direkter Möglichkeit, Probleme zu klären. Wie wäre es damit auch in Ihrer Siedlung?

LinksRutsch: Wie ist eure Position – hier konnte unser Landesverband die Aktivistin Nicolin Gabyrisch gewinnen – zur Klimapolitik in NRW?

Rebekka Kämpfe: Die Uhr tickt, die Zeit läuft uns davon und wir müssen Dinge radikal verändern, wenn wir das gesetzte Klimaziel erreichen wollen. Wir wollen ein klimaneutrales NRW bis 2035 und ich stehe voll und ganz dahinter! Wir müssen auch endlich damit aufhören Profite über Klima- und Umweltschutz zu setzen. Ich bin für ein radikales Umdenken, für ein radikales Handeln, wobei dabei natürlich auch darauf zu achten ist, dass die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht auf die Menschen abgewälzt werden, die gerade jetzt – mit Blick auf die steigenden Kosten – kaum über die Runden kommen. Stattdessen sollen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die den hohen CO₂-Ausstoß zu verantworten haben und die auf Kosten des Klimas und der Umwelt Profiteure zur Kasse bitten!



türlich auch darauf zu achten ist, dass die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht auf die Menschen abgewälzt werden, die gerade jetzt – mit Blick auf die steigenden Kosten – kaum über die Runden kommen. Stattdessen sollen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die den hohen CO₂-Ausstoß zu verantworten haben und die auf Kosten des Klimas und der Umwelt Profiteure zur Kasse bitten!

Anke Willnat: Wir haben in jüngster Zeit durch die Extremwetterlagen am eigenen Leib erfahren, dass der Klimawandel nicht nur ein Schreckensgespenst aus der fernen Zukunft ist, sondern längst begonnen hat. Wir müssen dringend klimaneutral werden, dafür sind viele Schritte notwendig. Dazu gehört sicherlich der schnelle Kohleausstieg, die Förderung von erneuerbaren Energien, aber auch die Reduzierung des hohen Verkehrsaufkommens. Hier kann durch den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und des Güterschienenverkehrs Abhilfe geschaffen werden.

Katja Wohlgemuth: Auch ich denke: Das ist ein guter Ansatz. Das nun genannte „9 für 90-Ticket“ ist ein prima Einstieg. Aber davon sind noch keine Busse gebaut und schon gar nicht die von Experten geforderten Schienen für Busse und Bahnen. 100 Milliarden € für die Rüstung, das geht, einfach so und ganz plötzlich, was wir aber viel dringlicher brauchen ist dieselbe Summe noch zwei Mal: Für den Klimaschutz und für unsere sozialen Bedürfnisse. Brücken müssen saniert und neu gebaut werden, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sollen in jeder Stadt entstehen und auf dem Land braucht es Dorflä-

den, die Möglichkeit seine Bankgeschäfte zu erledigen und einen Anschluss mit Bus und Bahn, der den Namen Anschluss auch verdient. Nur so können Autos stehenbleiben. Klimaschutz einseitig wird nicht funktionieren ohne eine weitere Spaltung der Gesellschaft. Klimaschutz muss solidarisch erfolgen, dann können alle mitmachen!

LinksRutsch: Wie ist eure Position – wir haben die Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW für Alle tatkräftig im Kreis Unna unterstützt – zur Gesundheitspolitik in NRW?

Rebekka Kämpfe: Das Gesundheitssystem wurde die letzten Jahre kaputtgespart und die Auswirkungen haben wir während der Corona-Krise sehen können. Hier hat es insbesondere das Pflegepersonal, wo überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, hart getroffen. Wir brauchen eine Pflegeoffensive, ohne Wenn und Aber, die Pflege – einer der von mir genannten „Frauen-Berufe“ im Care-Bereich – ist unterbesetzt, die Menschen sind unterbezahlt und arbeiten unter schlechten Bedingungen und es geht einfach so viel Zeit für Nebentätigkeiten drauf, damit es wirtschaftlich nachweisbar ist. Gesundheit darf nicht profitorientiert sein, sich nicht den kapitalistischen Vorgehensweisen unterliegen. Ich fordere eine Entprivatisierung von Krankenhäusern, weil das Gesundheitswesen sich am Gemeinwohl und am Bedarf orientieren muss. Daher ist mehr Personal zwingend erforderlich, denn ich kenne keinen Pflegeberuf, wo die Arbeitnehmer:innen nicht überlastet sind und wo es irgendwie gut läuft.

Anke Willnat: Die Profitorientierung im Gesundheitswesen führt nachweislich nicht zu einer Kostensenkung und einer Qualitätssteigerung, sondern zu Arbeitsbedingungen, die eher an Fließbandarbeit erinnern als an patientenorientierte Pflegearbeit. Es ist erschreckend, unter welchen Bedingungen Ärzt:innen und Pflegekräfte teilweise arbeiten müssen, und darunter leiden auch die Patient:innen. Wir unterstützen deshalb die Volksinitiative



Mit drei Kandidatinnen in den Landtagswahlkampf

Gesunde Krankenhäuser in NRW. Aktuell sind wir in Schwerte von der Schließung der Kinderklinik im Bethanienkrankenhaus Iserlohn mitbetroffen, weil dort der Kinderärztliche Notdienst auch für Schwerte ansässig ist. In Zukunft werden Eltern im Notfall noch weitere Wege in Kauf nehmen müssen. Unser Ortsverband fordert deshalb die Schwerter Politik auf zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, eine wohnortnahe Versorgung zu schaffen.

Katja Wohlgemuth: Mit unseren Aktionen im Kreis Unna, den Mahnwachen vor den Krankenhäusern und dem Sammeln von Unterschriften für die Volksinitiative zum Erhalt unserer Krankenhäuser, habe ich mich mit vielen Genossinnen und Genossen aktiv eingesetzt. Denn während in vielen Kommunen und Landkreisen medizinische Abteilungen bis gesamte Krankenhäuser geschlossen werden, haben wir im Kreis Unna auch Kommunen, die über gar kein Krankenhaus verfügen und darüber hinaus unter einem akuten Ärztemangel leiden. Dies darf und kann nicht sein, weder im 21. Jahrhundert noch in einem so reichen Industrieland wie Deutschland. Aber warum ist das so? Wenn ein Krankenhaus privatisiert wird, dann werden die Erlöse als Gewinn ausgezahlt. Der Gewinn ist dann weg. Genau darum sollen Krankenhäuser kommunal sein und nicht reichen Menschen weiteren Profit schenken. Wenn Sie das auch so sehen, sind Sie bei uns genau richtig!

LinksRutsch: Abschließend möchten wir Euch die Gelegenheit geben für Euch Werbung zu machen. Warum sollen Euch die Menschen in eurem Wahlkreis wählen?

Anke Willnat: Ich wünsche mir, dass mir die Menschen in meinem Wahlkreis

ihr Vertrauen schenken und mich wählen, weil wir uns für die Benachteiligten und die Schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft einsetzen. Wir haben kürzlich die Stadt Schwerte aufgefordert, einen Armutsbericht zu erstellen, damit nicht nur Zahlen in Armutsstatistiken stehen, sondern sichtbar wird, wo genau Armut existiert, damit wir genau dort auch unterstützen können. Ich möchte gewählt werden, weil wir echte Antworten auf dringende politische und gesellschaftliche Fragen haben. NRW braucht eine starke Linke!

Rebekka Kämpfe: Ich hasse Ungerechtigkeit wie die Pest und habe mich schon immer stark gemacht für benachteiligte Menschen. Dies werde ich auch im Landtag rigoros fortführen, insbesondere werde ich mich für die Interessen von Frauen und Familien stark machen.

Katja Wohlgemuth: WAS IST UNSERE ZUKUNFT? Es ist Krieg, näher als je zuvor, das Klima wandelt sich dramatisch und viele in unserem schönen Land NRW haben Angst, berechtigte Angst. Nur solidarisch können wir unsere Zukunft bauen, wenn wir weiter so wählen, dass die Reichen reich bleiben oder noch reicher werden, wie es gerade wieder geschieht, dann sieht es düster aus für den einzelnen Menschen. Ich habe mich immer, wo ich gearbeitet habe, wo ich mit Menschen zusammentraf, dafür gekämpft, dass diese Welt gerechter wird. Als Lehrerin, als Lehrerrätin, als Nachbarin, von Mensch zu Mensch. Liebe Rentner:innen, liebe Alleinerziehende, sehr geehrte Minijobber:innen und auch Sie, die in der Mittelschicht um Ihren gerechten Anteil am großen Wohlstand unserer Gesellschaft fürchten müssen:

Trauen Sie sich, wählen Sie links. Geben Sie mir am 15. Mai Ihre Stimme.

Zu wenige Plätze in Frauenhäusern

Von Peter Weyers

Seit 2018 ist die Istanbul-Konvention durch Ratifizierung eine gültige Rechtsnorm in Deutschland. Mit Inkrafttre-

ten dieser Konvention verpflichtet sich Deutschland auf allen staatlichen Ebenen, alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen

Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu verhindern.

Hier gibt es gewaltigen Nachholbedarf: Gewaltbetroffene Frauen müssen regelmäßig wochenlang auf Erstberatungsgespräche warten und jeder zweiten Schutzsuchenden Frau wird aktuell die Aufnahme in Frauenhäusern verweigert, weil keine freien Plätze vorhanden sind. Im Kreis Unna fehlen anhand eines Schlüssels, der festlegt, dass pro 10.000



In der sozialen Arbeit fehlt es an gesellschaftlicher Anerkennung

Von ver.di Westfalen – Fachbereich C

Was wäre unsere Gesellschaft ohne den Einsatz der rund 1,5 Millionen Beschäftigten der Sozialen Arbeit, die sich tagtäglich in Kitas und Horten um den Nachwuchs kümmern, Familien durch Krisen begleiten und Obdachlose sowie Menschen mit Behinderungen kompetent unterstützen, um nur ein paar Beispiele zu nennen?

Eine Ahnung davon haben wir, seitdem Teile dieser Arbeit während der Coronapandemie weggebrochen sind und das Home-Office gleichzeitig Schule, Kita und Hort wurde. Üblicherweise gilt die Arbeit der Beschäftigten (in sozialen Berufen sind überwiegend Frauen tätig) als selbstverständlich und wird erst öffentlich thematisiert, wenn sie nicht mehr oder nur eingeschränkt läuft.

Es ist höchste Zeit, dies zu ändern! Der Herausforderung, die Ansprüche der Gesellschaft und die individuellen Interessen der Menschen miteinander in Einklang bringen, widmen sich die Erzieher:innen, Sozialarbeiter:innen und viele andere Berufsgruppen tagtäglich mit großem Engagement, Professionalität und der jeder Menge Idealismus. Trotzdem wird diese unverzichtbare Arbeit, die diese Menschen leisten, zu wenig gesehen. Aus diesem Grund fehlt es dann an gesellschaftlicher Anerkennung.

Diese fehlende Wertschätzung geht einher mit schlechten

Arbeitsbedingungen wie niedrigen Einkommen und einer hohen Zahl von Befristungen. Dies wiederum führt zu Fachkräftemangel und immer mehr Teilzeitarbeit, weil die Beschäftigten die Belastungen ansonsten nicht aushalten. Eine gefährliche Spirale!

Bereits in den Jahren 2009 und 2015 – also seit über 13 Jahren – setzten sich die Beschäftigten der Sozialen Arbeit bundesweit für eine Aufwertung ihrer beruflichen Tätigkeit ein. Im Rahmen langwieriger Tarifeinverständigungen konnten sie mit der ver.di, als zuständige Gewerkschaft erste finanzielle Verbesserungen erreichen. Seitdem haben sich jedoch die Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen wieder verschlechtert, was zu einem eklatanten Fachkräftemangel führt.

Ende Februar ist die ver.di in die Tarifverhandlungen für die Sozial- und Erziehungsdienste gestartet. In diesen Verhandlungen fordern die Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine angemessene finanzielle Anerkennung ihrer Arbeit.



Bürgern in einer Region ein Familienplatz in einem Frauenhaus vorgehalten werden soll, 20 Plätze. In NRW fehlen über 1.100 Plätze.

Einige Frauenhäuser in NRW hatten über mehrere Monate in 2021 keinen einzigen freien Platz anzubieten, alle anderen waren an durchschnittlich 6 Tagen pro Woche voll belegt.

Das führt dazu, dass gewaltbetroffene Frauen in einer absoluten Notsituation ihr Menschenrecht auf Schutz verweigert wird und das, weil Deutschland es in vier Jahren seit Inkrafttreten es nicht geschafft hat, die Forderungen der Istanbul-Konvention vollständig umzusetzen. Da ist die schwarze Null wohl wichtiger!

Dazu kommt, dass viele Plätze nicht barrierefrei sind; Frauen mit Behinderungen, die tendenziell noch häufiger Opfer von Gewalt sind, es also noch schwerer haben, Schutz zu finden.

In NRW setzt sich die Finanzierung von Frauenhäusern aus Landesmitteln und Kommunalen Zuschüssen, Spenden, Bußgeldern und Eigenanteilen aufgenommener Frauen zusammen. Insbesondere die Landesregierung muss hier deutlich auf Ihre Verpflichtung aufmerksam gemacht werden, sich ausreichend für die Finan-

zierung von Frauen- und Mädchenhäusern sowie Beratungsstellen zu engagieren.

Deshalb haben wir vom Stadtverband Schwerte einen Antrag an den Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgeranregungen gestellt, mit dem erreicht werden soll, dass die Stadt Schwerte sich beim Kreis Unna und beim Land NRW für den Ausbau der Frauenhauskapazitäten in NRW und damit für die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention einsetzt. Alles andere stellt einen fortwährenden Rechtsbruch dar und lässt gewaltbetroffene Frauen in einer Notsituation im Stich.

Der Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden hat unseren Antrag einstimmig als begründet angesehen und zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss weitergeleitet.

Von der Entwicklung dort werden wir berichten. Über freie Plätze in Frauenhäusern können Sie sich hier informieren:

<https://www.frauen-info-netz.de/>



Gesundheit und Daseinsvorsorge

Von Peter Weyers

Im Jahr 2021 hat sich im Kreis Unna und in der Region Dortmund, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, die katholische St. Paulusgesellschaft gegründet. Zu ihr gehören u. a. das Marienkrankenhaus in Schwerte, das St. Marienhospital in Lünen, das St. Christophorus-Krankenhaus in Werne und weitere neun Krankenhäuser in Dortmund, Castrop-Rauxel und Hamm. Außerdem gehören vier Altenheime und eine Jugendhilfe-Einrichtung zu diesem Verbund, der Arbeitgeber für fast 10.000 Menschen ist.

Erklärtes Ziel dieser Kooperation ist die „Zentralisierung“ von Angeboten und die Spezialisierung auf bestimmte Leistungen, was bedeutet, dass wir uns verabschieden müssen von einer wohnortnahen, patientenorientierten Versorgung für die Bürger:innen im Kreis Unna.

Auf der Homepage der St. Paulus Gesellschaft ist die Rede von der Sicherung von Marktanteilen in der Region gegenüber privaten Krankenhauskonzernen. Deswegen wird die St. Paulusgesellschaft fortan selbst wie ein markt- und gewinnorientierter Player auftreten. Die Krankenhäuser der Gesellschaft werden sich noch stärker als bisher auf Leistungen konzentrieren, mit denen man Geld ver-

dienen kann.

Demgegenüber werden Kliniken und Stationen, die keinen Profit abwerfen, geschlossen. In der Vergangenheit traf es immer wieder Kinderstationen, weil die dort zu verdienenden Fallpauschalen bei jedem Patienten Verlust bringen. Aktuell wird die Kinderklinik des Bethanien Krankenhauses in Iserlohn geschlossen, was direkten Einfluss auf Schwerter Kinder und deren Eltern hat, weil bisher der kinderärztliche Notdienst für Schwerte im Iserlohner Bethanien-Krankenhaus untergebracht war.

Hier verrichteten die Kinderärzte aus Schwerte ihre Notdienste.

DIE LINKE fordert: Der kinderärztliche Notdienst muss wieder in Schwerte geleistet werden. Wir werden dafür kämpfen, dass Schwerter Eltern einen einfachen, barrierefreien Zugang zu kinderärztlicher Notversorgung in Schwerte haben. Das ist insbesondere wichtig für Eltern, die keinen eigenen PKW haben und sich eine Taxifahrt nach Dortmund oder Hagen nicht leisten können.

Das auch katholische Krankenhauskonzerne nicht davor zurückschrecken, Krankenhäuser zu schließen, konnte man 2021 beobachten, als der katholische „Contilia-Konzern“ mitten in der Pande-

Was fordert die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“?

Wie unser Name schon sagt, fordern wir gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!

■ **patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich**

Wir fordern, dass die Gesundheitsversorgung an den Bedarfen der Patient:innen und an guter Qualität orientiert werden muss. Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge!

■ **wohnortnah und bedarfsorientiert geplant für alle in NRW**

Was ist eine Volksinitiative?

Durch eine Volksinitiative wird der Landtag aufgefordert, sich mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen. Wenn 0,5% der volljährigen, in NRW wohnhaften deutschen Staatsbürger:innen – das sind gut 66.000 Personen – unterschreiben, ist sie erfolgreich. Dann muss sich der Landtag intensiv mit dem Thema befassen und zu unseren Forderungen Stellung beziehen. Unser Ziel ist es, mehrere Hunderttausend Unterschriften zu sammeln, um der Landesregierung deutlich zu machen, was der Wille der Bevölkerung in NRW ist: **Gesunde Krankenhäuser – für ALLE!**

Wir fordern eine intensive Analyse und ausreichend Zeit, um den neuen Krankenhausplan NRW zu erstellen – unter breiter Beteiligung aller Betroffenen. Vorher darf es keine Umsetzungsschritte oder Vorfestlegungen geben, wie sie z.B. „Gutachten zur Krankenhauslandschaft NRW“ aus dem Hause Laumann nahelegt. Wir fordern den Erhalt aller Kliniken, solange eine solche Analyse nicht vorliegt.

■ **vollfinanziert durch das Land NRW**

Wir fordern ab sofort die vollständige Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land NRW und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus von aktuell über 12,5 Mrd. € bis 2024. Krankenhausgebäude und de-

mie zwei Krankenhäuser im Essener Norden geschlossen hat. Dies bedeutete eine massive Verschlechterung der Gesundheits- und Notfallversorgung für über 200.000 Bürger im Essener Norden.

DIE LINKE im Kreis Unna wird deshalb die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW“ weiterhin mit Aktionen und Unterschriftensammlungen unterstützen. Bitte unterstützen Sie die Volksinitiative mit Ihrer Unterschrift und treten Sie ein für:



- eine patientenorientierte,
- barrierefreie,
- wohnortnahe Versorgung,
- vollfinanziert durch das Land NRW,
- mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und
- ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite.

ren Ausstattung zu erhalten und zu modernisieren, ist gesetzlich geregelte Aufgabe des Landes NRW!

■ **mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten**

Wir fordern mehr Personal in den Krankenhäusern und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung für alle sicherstellt! Ausdrücklich beziehen wir uns dabei auf alle Berufsgruppen, auch über die Pflege hinaus.

■ **ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite!**

Wir fordern die Landesregierung als ersten Schritt dazu auf, sich über eine Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, die Fallpauschalen (DRG) abzuschaffen und Profite wieder zu verbieten.

Appell des ver.di Bezirk Westfalen, Geschäftsstelle Hamm/Unna

Mit der Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE“ haben wir die Möglichkeit, die neue Landesregierung dazu zu zwingen, eine Krankenhauspolitik zu machen und endlich für ausreichend Personal zu sorgen. Die Aktion ist bis zum 30.04.2022 verlängert worden!

Deshalb brauchen wir eure Unterschriften: Wenn wir 66.000 Unterschriften einreichen, muss das Land NRW sich damit befassen und etwas ändern. Je mehr unterschreiben, desto deutlicher wird den politischen Verantwortlichen, dass sie unsere Forderungen nicht ignorieren können, deshalb wollen wir viel mehr als die erforderliche Zahl von 66.000 Unterschriften sammeln. Unsere genauen Forderungen findest Du auf <http://www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de>, alle zusammen erfüllen aber den gemeinsamen Zweck: es muss besser werden in den Krankenhäusern – für ALLE!

Wie kannst Du unterstützen?

- Bitte drucke über <http://www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de/mitmachen/#unterschriften> den Unterschriftenbogen aus und fülle ihn sorgfältig mit allen Angaben aus und sprich auch direkt deine Familien und deine Freunde vor Ort an, so dass die Liste bestenfalls voll wird.
- Sende die ausgefüllte(n) Liste(n) per Post an: Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser NRW c/o ver.di Westfalen, Geschäftsstelle Hamm Bismarckstraße 17-19 59065 Hamm



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

DIE LINKE im Kreis Unna unterstützt die Volksinitiative und sammelt in allen Ortsverbänden Unterstützungssunterschriften.



Armut in Schwerte – nix genaues weiß man nicht!

Von Karl-Heinz Schimpf, Schwerte

Wenn man mit den Leuten in Schwerte spricht, hört man immer wieder von großer materieller Not. Viele Menschen haben Probleme, die Miete und die Strom- und Heizungskosten zu bezahlen. Bei vielen reicht das Geld nicht einmal für eine vernünftige Ernährung. Auch viele Kinder sind von Armut betroffen.

Es gibt in dieser Stadt – wie auch im ganzen Land – zunehmende Armut. Die Tafeln werden überrannt. Wir sehen die Armut auf der Straße, wir wissen von Wohnungsnot, steigenden Mieten und Stromsperrern.

Auch über die Ursachen weiß man Bescheid. Es ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, die zunehmende Anzahl der Menschen in Niedriglohnarbeit. Es ist die nicht ausreichende Höhe der Hartz-

IV-Sätze. Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 Prozent (rechnerisch 13,4 Millionen Menschen) im Pandemie-Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht.

Auch in der Stadt Schwerte ist es notwendig, eine Politik der Armutsbekämpfung einzuleiten. Aber die Armut ist versteckt. Auf eine Anfrage der LINKEN an die Stadt gab es nur unzureichende Antworten, weil die Verwaltung selbst nur wenige Informationen über die Armut in Schwerte hat.

Im Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden hat DIE LINKE einen Bürgerantrag gestellt, der die Stadt auffordert, einen ausführlichen Bericht über die soziale Lage in der Stadt zu erstellen, der in den Folgejahren regel-

mäßig fortgeschrieben wird. Nur wenn diese Informationen vorliegen, kann eine Strategie gegen die Armut in unserer Stadt entwickelt werden. Dieser Sozialbericht soll insbesondere auch Informationen über die soziale Lage in den einzelnen Stadtteilen auswerten. Für die Erstellung und regelmäßige Fortschreibung des Berichtes müssen entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss hat beschlossen, diesen Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen. Die Ratsparteien begrüßten das Anliegen grundsätzlich. Ob auch die

Armuts- und Sozialbericht für Schwerte. Jetzt!

DIE LINKE.

entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird sich in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Mai 2022 zeigen.

Unmenschliche Abschiebungen durch den Kreis Unna

Von Peter Weyers

Am 18. Januar kam es in Schwerte zu einer Abschiebung einer Familie mit einer sechsjährigen Tochter, die schon seit 2016 in Deutschland lebte und von dem „Chancen-Aufenthaltsrecht“, welches die neue Bundesregierung einführen möchte, hätte profitieren können. Dies sieht vor, dass „Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, [...] eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG)“.

Alle diese Voraussetzungen hat die nach Bangladesch abgeschobene Familie erfüllt. Zudem hatte sie Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote.

In Rheinland-Pfalz sind die Ausländer-

behörden per Vorgriffserlass angewiesen worden, das Chancen-Aufenthaltsrecht umzusetzen. Anders in NRW: Kurz vor Inkrafttreten wird noch abgeschoben, was das Zeug hält, weil Minister Stamp sich weigert, einen entsprechenden Erlass an seine Ausländerbehörden zu übermitteln.

Aber nicht nur die Abschiebung selbst ist fragwürdig, sondern auch deren Umsetzung! Mitten in der Nacht um 24 Uhr drangen Beamte der Ausländerbehörde mit Hilfe eines Schlüsseldienstes in die Wohnung ein, und überraschten die Familie im Schlaf.

„Das Eindringen mit einem Schlüsseldienst in eine Mietwohnung zwecks Abschiebung ist rechtswidrig. Das Grundgesetz und das Kindeswohl scheinen im Kreis Unna bei Abschiebungen nicht zu gelten.“

Das ist die Einschätzung des Vereins „Abschiebungsreporting NRW“ zum Vorgehen der Ausländerbehörde.

Die Landesregierung muss sich fragen

lassen, was ein Erlass wert ist, der Nachtabschiebungen bei Kindern verhindern soll, wenn dieser immer wieder missachtet wird.

Der AK Asyl, der in einer Pressemitteilung berechtigte Kritik an der Abmahnung selbst, aber auch an der Art und Weise der Durchführung übte, bekam deshalb eine Abmahnung von der Kreisverwaltung Unna mit Zwangsgeldandrohung. Das betrachten wir als Einschüchterungsversuch gegen engagierte Ehrenamtler, die nicht nur in der Flüchtlingsbetreuung Aufgaben übernehmen, die eigentlich dem Staat obliegen. Das unser Staat so repressiv gegen Menschen vorgeht, die nur die Wahrheit sagen, ist ein Skandal und erinnert mich durchaus auch daran, wie mit Julian Assange umgegangen wird. Er hat auch nur die Wahrheit öffentlich gemacht. **Wehret den Anfängen!**

DIE LINKE steht für eine Gesellschaft ohne Rassismus, Diskriminierung, Armut und Ausbeutung. Wir stehen für soziale Sicherheit für alle Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder ihrem Geschlecht. Wir werden uns daher einsetzen für eine Gesellschaft ohne rechte Hetze, Ausgrenzung und Ausbeutung.

Was tun?

- Eine klare Position des Willkommens gegenüber den Zuflucht suchenden einnehmen – gegen „Obergrenzen“ und Asylrechtsverschärfungen
- Sämtliche Abschiebungen stoppen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik geschafft haben
- Das Asylrecht vollständig wiederherstellen

DIE LINKE
Landtagswahlprogramm 2022



Laut gegen Rassismus und Diskriminierung

Unsere Demokratie braucht eine lebendige Kultur für ein solidarisches Miteinander. Menschen mit Migrationsgeschichte erleben jedoch häufig Rassismus. Das gilt auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie bei der Wohnungssuche.

Für uns ist klar: Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung. Wir lehnen die in Gesetzen verankerten Kopftuch- und Kippa-Verbote ab. Wir setzen uns ein für anonyme Bewerbungsverfahren, um auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung zu verhindern. Wir fordern mehr Beratungs- und Meldestellen für Betroffene von Rassismus. Wir wollen die Einbürgerung erleichtern und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben.

Wir wollen, dass NRW für Menschen auf der Flucht ein sicherer Hafen ist und stellen uns gegen Abschiebungen wie auch gegen Kettenduldungen. Entschieden lehnen wir die Stimmungsmache von rassistischen und rechten Parteien gegen Minderheiten ab – in der Politik und auf der Straße!



„Hopp, hopp, hopp, Berufsverbote Stopp!“

Von Oliver Schröder

So hallte es in den 1970er Jahren durch Deutschlands Straßen, auf den Demonstrationen gegen den am 28.01.1972 unter den Titel „Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremistischen Organisations“ gefällten Beschluss, der als sogenannter Radikalenbeschluss in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist.

Der Beschluss hatte zum Ziel, die Beschäftigung von „Verfassungsfeinden“ im öffentlichen Dienst zu verhindern, was grundsätzlich auch sicherlich richtig und nachvollziehbar ist. So sollten auf Grundlage dieses Beschlusses Bewerber:innen, die „verfassungsfeindlichen Aktivitäten“ nachgingen oder gar Mitglied von Organisationen mit vermutlich verfassungsfeindlichen Bestrebungen seien, grundsätzlich für den öffentlichen Dienst abgelehnt werden. Aber auch Staatsbedienstete, bei denen solche Aktivitäten bekannt waren oder wurden, sollten aus dem Dienst entfernt werden. Dabei war es mitunter ausreichend in einer Organisation aktiv zu sein, in denen auch sogenannte „Verfassungsfeinde“ aktiv waren oder zusammengearbeitet haben. Jedoch richtete sich der Radikalenbeschluss – auch wenn sich das Gesetzes-Paket auch explizit gegen Rechtsradikalismus richtete

– überwiegend gegen Anhänger:innen des linken Spektrums sowie beispielsweise Mitglieder:innen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) oder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Wer also dem linken Spektrum angehörte und damit als potentieller „Verfassungsfeind“ gelten konnte, musste dem Beschluss zufolge im Einzelfall geprüft werden. Dies führte dazu, dass staatliche Arbeitgeber bis 1976 fast eine halbe Million Bewerber:innen auf ihre Verfassungstreue kontrollierten und 430 von ihnen ablehnte. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zeitraum von 1972 bis 1991 über 3,5 Millionen Regelanfragen zur Sicherheitsprüfungen für Anwärter:innen des öffentlichen Dienst an die zuständigen Verfassungsschutzbehörden gestellt worden sein. Davon betroffen waren überwiegend aktive und angehende Lehrer:innen (ca. 80%), aber auch Hochschullehrer:innen (ca. 10%) und Justizangestellte (ca. 5%). Zudem wurden auch Mitarbeitende von Militär und Polizei sowie der zu der Zeit noch staatlichen Betriebe wie der Bahn oder Post entsprechend überprüft.



Von W. Hermann (Fotostab am IfP - Institut für Publizistik FU Berlin)

Wie viele Frauen und Männer schlussendlich nicht eingestellt oder gar entlassen wurden, ist bis heute nicht zweifelsfrei geklärt.

Dies führte entsprechend zu immer mehr Empörung und Unmut in der Bevölkerung, insbesondere bei jungen Menschen, selbst wenn diese konkret nicht betroffen waren. Neben Demonstrationen und Kundgebungen, nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Ausland, entwickelte der erfolgreiche Berufsverbotstreik im Jahr 1976 eine entsprechende Dynamik. So wurden bereits im selben Jahr auf Bundesebene neue Richtlinien verabschiedet, durch die die ursprüngliche Regelung entsprechend abgeschwächt wurde. Ab 1979 ho-

ben die ersten Bundesländer, angefangen in Hamburg, den Radikalbeschluss in den folgenden Jahren sukzessive auf oder rückten von diesem ab. Zuletzt der Freistaat Bayern im Jahr 1991. Jedoch sind – auch wenn es entsprechende Urteile am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gibt – entsprechende Entschuldigungen an – und Rehabilitationen von Betroffenen bis heute überwiegend Einzelfallentscheidungen. 50 Jahre nach Beschlussfassung und 20 Jahre nach letzter Aufhebung ist nicht nur eine wissenschaftliche Aufarbeitung, sondern eine Entschuldigung an alle und Rehabilitation aller Betroffenen mehr als überfällig!

DIE LINKE NRW hat einen Gewerkschaftsrat

Wer die Welt des Kapitals schwächen will, der muss die Welt der Arbeit stärken.

BAG Betrieb & Gewerkschaft

DIE LINKE gründet einen Gewerkschaftsrat

Christiane Tenbenschel und Ulrike Eifler

DIE LINKE NRW hat einen Gewerkschaftsrat. Hintergrund ist ein Beschluss des Parteivorstandes, der allen Landesverbänden die Gründung eines solchen Gremiums vorschlägt. DIE LINKE NRW hat diese Empfehlung als erster Landesverband aufgegriffen und umgesetzt. In enger Abstimmung mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft haben die im Landesvorstand für Gewerkschaftspolitik Zuständigen das Gremium besetzt. Benannt wurden beispielsweise der IG Metaller Nick Woischneck, die EVG-Kollegin Anna Schultz oder die Krankenschwester Heike Strohmeier. Neben dem Mix aus gewerkschaftlichem Haupt- und Ehrenamt haben wir mit Steffen Lehndorff und Heinz Bontrup zudem zwei prominente Vertreter aus der gewerkschaftsnahen Wissenschaft im neuen Gewerkschaftsrat.

Die Rolle des Gremiums ist die eines Beirates. Er soll

die Partei in gewerkschaftspolitischen Fragen beraten und dazu beitragen, dass die Welt der Arbeit starker Bezugspunkt linker Politik bleibt. Im Zentrum wird die Auseinandersetzung mit der Landesregierung stehen, die vermutlich auch nach der Landtagswahl aktuell bleibt. Das Tariftrüegegesetz muss ausgeweitet, die Arbeitszeit für die Landesbeschäftigten abgesenkt und der Ladenschluss eingegrenzt werden. Auch der Kampf um den Stellenwert der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Unterstützung der Pflegestreiks für Entlastung werden das Gremium beschäftigen. Und schließlich stellt sich die Frage, wie wir die Umbrüche in der Arbeitswelt ausbuchstabieren – insbesondere in den ökologisch prekären Bereichen wie den Kohlerevierern oder der Stahlindustrie. Wie kann Klima und Beschäftigungssicherung sinnvoll miteinander verbunden werden und welche Rolle spielt DIE LINKE dabei?

Das Gremium hat am 19. Januar seine Arbeit aufgenommen. Landessprecher Jules El-Khatib machte in seiner Begrüßung deutlich, dass er sich auf die Zusammenarbeit freue. Das Gremium wird viermal im Jahr zusammenkommen und trifft sich erneut im April.

DIE LINKE.

Für ein gutes Gesundheitssystem in öffentlicher Hand

Stefan Müller, Fraktion
DIE LINKE. Die PARTEI im LWL

Die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI im Landschaftsverband Westfalen-Lippe beschäftigt aktuell der Personalmangel in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Dieser existiert bereits seit vielen Jahren. Corona hat die Lage aber nochmal verschärft.

Nachdem bereits vor einigen Wochen die dauerhafte Schließung des stationären Bereichs des LWL-Pflegezentrums in Gütersloh wegen Personalmangel verkündet wurde, wird momentan die Schließung der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in Bochum-Linden diskutiert, die vom Helios-Konzern betrieben wird. Nachdem der Personalschlüssel gesetzlich angehoben wurde, kann Helios die Klinik offenbar nicht mehr mit ausreichender Rendite für die Aktionär:innen betreiben und will sie deshalb jetzt schließen. Damit gefährdet der auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Konzern die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bochum und Umgebung.

Von Bochumer Bürger:innen wurde der Wunsch formuliert, dass der LWL die KJP übernehmen solle. Die LWL-Verwaltung



hat diesem - auch von uns unterstützten - Wunsch jedoch eine Absage erteilt. Er will den Versorgungsauftrag für Bochum übernehmen, allerdings nicht an diesem Standort, sondern in der LWL-Klinik in Dortmund. Das hieße, dass es keine stationären Plätze mehr in Bochum gäbe.

Hier bestätigt sich erneut, dass eine Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen grundsätzlich abzulehnen ist. Gesundheitseinrichtungen gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dem „Markt“ überlassen werden! Wohnortnahe Versorgung ist ein Grundrecht! Wir fordern die Kommunalisierung der KJP Bochum!

Aber selbst dann müssen wir daran arbeiten, dass die Bedarfe abgedeckt werden. Das Land NRW will 20% Klinikbetten abbauen und Personal reduzieren! Wir fordern: Vorausschauende Nachwuchsförderung, gute Bezahlung und gute Ar-

beitsbedingungen für die Beschäftigten! Einen Abbau von Betten lehnen wir ab! Denn sonst kann es zu Erkrankungen, Überlastung und Abwanderung des Fachpersonals kommen. So wie das in Gütersloh der Fall war.

Und natürlich kann es auch nicht der richtige Weg sein, wenn der LWL - wie in

DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI
im Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Bochum geschehen - mit einer Flugblattaktion versucht, Helios-Mitarbeiter:innen für seine Kliniken abzuwerben. Die Aktion hat momentan in den LWL-Gremien noch ein Nachspiel.

Im Kreis Unna betreibt der LWL eine Tagesklinik und mehrere Außenstellen der LWL-Kliniken Dortmund und Hamm.

Staatliche Abzocke bei Energiekosten

Von Oliver Schröder

Die Netzentgelte steigen im Jahr 2022 um durchschnittlich 4%, wodurch über 500 Versorger eine durchschnittliche Preiserhöhung von 40% angekündigt und knapp 400 Versorger eine Preiserhöhung von durchschnittlich 64% vorgenommen haben. Zudem hat ein Viertel der Grundversorger - dies sind die kommunalen Stadtwerke - neue Tarife nur für Neukunden eingeführt. Diese Preise sind durchschnittlich sogar 106% teurer als in der „normalen Grundversorgung“. Leider trifft das auch auf die Stadtwerke im Kreis Unna zu.

Dies hat zur Folge, dass Deutschland nicht nur weltweit das Land mit der teuersten Elektrizität für private Verbraucher:innen ist, sondern der Strompreis auch 2,7mal so teuer ist, als im internationalen Durchschnitt. Dies hat jedoch wenig mit der viel kritisierten EEG-Umlage oder der viel kritisierten CO2-Steuer zu tun.

Ein Preistreiber ist die Liberalisierung des Energiemarktes. Ab dem Jahr 1998 kam es durch die erste rot-grüne Bundesregierung mit der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der damit einhergehenden Liberalisierung des Energiemarktes - übrigens einer der ersten in Europa - zu massiven Veränderungen des Energiesektors. Als Vorbild des bis dato staatlich geregelten Energiemarktes diente die Liberalisierung des Telekommunikationssektor.

Mit der Öffnung des Energiemarktes in Deutschland ist der Strompreis in den letzten 21 Jahren von 13,94 auf 31,89

Cent/kWh und damit um fast 228%, bzw. durchschnittlich 6,1% im Jahr angestiegen. Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen, auf welche die Bundesregierung unmittelbar Einfluss nehmen könnte, hat sich im gleichen Zeitraum von 25% im Jahr 1998 auf 51% im Jahr 2021 mehr als verdoppelt. Zum Vergleich: Der Reallohnindex ist in den Jahren 2000 bis 2019 lediglich um 14,2, bzw. um durchschnittlich 0,46% im Jahr gestiegen. In dieser Betrachtung herrscht somit ein erhebliches Ungleichgewicht.

Forderungen der Linksfraktion

Stromsteuer senken

DIE LINKE. plädiert dafür, die Stromsteuer für private Haushalte von gegenwärtig 2,05 Cent je Kilowattstunde (kWh) auf 0,05 Cent je kWh zu senken. So soll die Strompreiserhöhung, die sich aus dem Anstieg der EEG-Umlage ergibt, kompensiert werden.

Sockeltarif einführen

Jeder Haushalt erhält kostenlos ein Grundkontingent an Strom, das sich nach der Größe des Haushalts richtet. Der Stromverbrauch, der über diesen Sockelbetrag hinausgeht, wird teurer.

Stromsperren beenden

Stromsperren für Privathaushalte wegen Zahlungsunfähigkeit werden gesetzlich verboten. Mehr als 350.000 Abklemmungen pro Jahr in Deutschland sind ein Skandal. Die Versorgung mit Strom ist eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

PROFIT MACHEN.
Entlastung & bessere Löhne in der Pflege!

GERECHTIGKEIT BRAUCHT
DIE LINKE.
DIELINKE-NRW.DE



Eissporthalle Unna – Für den Erhalt stimmen!

Von Petra Weber

Das Leben in unserer Kreisstadt zeichnete sich stets auch durch ein breites Kultur- und Sportangebot aus. Aus diesem Grund hat sich DIE LINKE. bereits beim ersten Bürgerentscheid für den Erhalt ausgesprochen und an dieser Meinung hat sich auch nichts geändert.

Vor dem nun zweiten Bürgerentscheid sind viele Bürger:innen nicht nur von den hohen Kosten, die von der Verwaltung vorgelegt wurden abgeschreckt, sondern auch vom Alter der Eissporthalle. Diese Sorgen nehmen wir Ihnen aber gerne:

Zum einen müssen wir feststellen, dass die Stadthalle genau so alt ist und dass diese umfangreich mit Fördergeldern aus dem Projekt „Soziale Stadt Unna/ Königsborn“ saniert wird. Die Sanierung der Eissporthalle wäre aus unserer Sicht sozialer gewesen, weil hier sowohl über 1000 Kindern und Jugendlichen hätte ein geschützter Raum gegeben, als auch dem Breitensportangebot für Jung und Alt, Menschen mit Inklusions- und Migrationshintergrund geschaffen werden können. Zum andern sind die Finanzierungsmodelle und die Kostenaufstellungen der Halle seitens der Stadtverwaltung keine Aufstellung, die man nicht hinterfragen kann.

Es ist ja nicht so, dass zwangsläufig die Halle sofort komplett umfangreich saniert werden muss. Das Freibad Bornekamp oder das Kulturzentrum sind gute Beispiele, wie eine Sanierung so durchgeführt werden kann, sodass der Betrieb weitergehen kann. Auch hier ist zu erwähnen, dass sich diese Einrichtungen durch ein großartiges Engagement von Ehrenamtlichen zu unverzichtbaren Kleinodien in Unna entwickelt haben, die eine un-

gleich wichtige Aufgabe erfüllen, nämlich die der gesellschaftlichen Teilhabe.

Nun hat der Verein „Unna braucht Eis“ innerhalb kürzester Zeit ein zweites Bürgerbegehren erfolgreich gestartet und es kommt erneut zu einem Bürgerentscheid. Die Ziele sind die gleichen, nämlich den Kindern und Jugendlichen wieder einen geschützten Raum zur Verfügung zu stellen, wo sie sich frei sportlich betätigen können – ohne eine Vereinsbindung.

Hier kann den Kindern und Jugendlichen wieder ein Treffpunkt angeboten werden, an dem sie sich (auch in Coronazeiten) treffen können. Der Erhalt und



die schnelle Öffnung der Eissporthalle ist aber nicht nur für die Jugendlichen eine wichtige Maßnahme. Menschen aller Generationen, Menschen aller Nationalitäten und Menschen mit Behinderungen zählen zu den Besuchern der Eissporthalle.

Die Bürger:innen müssen nicht für die Verwaltung da sein, die Verwaltung muss die Interessen ihrer in der Stadt lebenden Bürger:innen wahrnehmen und sich um eine gemeinsame Lösung bemühen.

(Plakat aus dem Kommunalwahlkampf)

Neue Rettungswachen in Bergkamen, aber zu welchem Preis?

Von Oliver Schröder und Till Peters

Wer in einem medizinischen Notfall Hilfe benötigt, ruft über die 112 einen Rettungswagen. Hierfür darf der Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen in 95% aller Fälle nicht mehr als maximal acht Minuten – gerechnet zwischen dem Notruf und dem Eintreffen des Rettungswagens – benötigen. So viel zur gesetzlichen Norm. Aufgrund der langen Rettungswege von der einzigen Rettungswache in Mitte, kann der Rettungsdienst diese aber „nicht mal unter den günstigsten Umständen“ einhalten, wenn es darum geht Einsatzorte in allen Stadtteilen zu erreichen. Insbesondere in den Stadtteilen Oberaden und Rünthe ist der Rettungsdienst – den die Stadt Bergkamen zusammen mit der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen im Verbund bildet – am längsten unterwegs.

Dementsprechend sollen, bzw. werden in den beiden Stadtteilen auch neue Rettungswachen in den nächsten Monaten entstehen. Während die Standort- und Realisierung durch einen privaten Investor in Oberaden relativ geräuschlos abgelaufen ist, hat dies in Rünthe doch im gesamten Stadtgebiet sehr hohe Wellen geschlagen. Denn während bei dem einen Standort der private Investor keinerlei Verbindung mit der Stadt Bergkamen oder dem Kreis Unna hat, so soll hier die künftige Rettungswache zum einen auf einem Grundstück errichtet werden, welches bis Ende 2021 noch dem Bürgermeister der Stadt Bergkamen gehörte und zum andern durch die Kinder des Bürgermeisters – u.a. jetzige Eigentümer des Grundstücks – er-

richtet werden, die diese dann über die nächsten 40 Jahre an den Kreis Unna verpachten wird. Dies ist zwar unsäglich und moralisch nicht nur fragwürdig, sondern verwerflich, aber, und auch das gilt es deutlich zu kritisieren, in der Realität der „sozialen“ Marktwirtschaft nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich gewollt.

Hierzu hat es eine außerordentliche Sitzung des Fachausschusses für öffentliche Sicherheit und Ordnung im Februar gegeben. Diese hat jedoch eben nicht die erhoffte Aufklärung und Entspannung mit sich gebracht. Hierzu sei erwähnt, dass die Vorlage (Drucksache Nr. 12/0489) nicht nur min. zwei gleichwertige Grundstücke ausmacht, sondern auch ein Grundstück – welches interessanterweise im Besitz der Stadt Bergkamen ist – identifiziert, welches sogar für eine Rettungswache im Ortsteil Rünthe geeigneter wäre. Dies muss und wird an anderer Stelle geklärt werden, beispielsweise beim Kreis Unna, weil die Stadt Bergkamen in der Sache nicht zuständig ist.



EU auf dem Weg zur Militärunion

Özlem Demirel

Mitglied des Europäischen Parlaments

Ich verurteile den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Krieg darf nie Mittel der Politik sein! Die russischen Truppen müssen sich jetzt auf die eigenen Lan-

desgrenzen zurückziehen, und es muss am Verhandlungstisch eine politische Lösung für einen nachhaltigen Frieden gefunden werden.

Unübersehbar wird aber derzeit das Leid der Ukrainer missbraucht, um gigantische EU-Rüstungsprogramme durchzu-

peitschen. Damit beschleunigt sich ein Trend, der vergangenen Jahre. Angefangen von der „Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO), bis hin zu diversen Budgets, wie dem Europäischen Verteidigungsfonds, der sogenannten „Friedensfazilität“, „Military Mobility“, zur Verbesserung der Transportfähigkeit von Einheiten durch die EU oder militärisch relevanten Weltraumprojekten. Insbesondere Frankreich und Deutschland wollen die EU schon länger zu einer Militärunion ausbauen, wurden bislang aber gebremst von historisch begründet starken Vorbehalten der Bevölkerung.

Jetzt wird die berechnete Empörung genutzt, um diese Vorbehalte beiseite zu schieben. Dabei geben die EU Mitgliedstaaten bereits heute für Militär das vierfache Russlands aus. Bei dieser Aufrüstung mit Kriegsgerät der neuesten Generation, geht es nicht um das Sicherheitsinteresse der Menschen oder den Friedenserhalt, sondern um die Durchsetzung eigener geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Bereits die so genannte „Globalstrategie“ von 2016 legt

fest, dass die EU in der Lage sein soll, wichtige Handelsrouten und Seewege weltweit im eigenen Interesse auch militärisch zu sichern. Diese Aufrüstungswelle erhöht die Gefahr kommender Kriege.

Der nun beschlossene „Strategische Kompass“ bettet die bisherigen Instrumente in eine Gesamtstrategie ein und gibt die Richtung für die nächsten Jahre vor. Die größte Aufmerksamkeit erhielt dabei der Plan für eine Schnelle Eingreiftruppe mit 5.000 Soldaten und ein EU-Hauptquartier, das deren Einsätze leitet.

Dabei ist klar, mit dieser Aufrüstung wird Krieg zur Normalität. Das schafft keinen Frieden!



Stromkosten dürfen die Kluft zwischen Arm und Reich nicht weiter vertiefen

Von LAG Hartz IV

Die mickrige Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze ist nicht nur demütigend für die Betroffenen, sie haben auch nichts davon: denn die immer steigenden Energiepreise werden die 3 Euro für das Jahr 2022 komplett auffressen. Laut den Berechnungen des unabhängigen Vergleichsportals Verivox liegen die tatsächlichen Stromkosten von Hartz IV-Empfänger:innen 55% über dem im Regelsatz vorgesehenen Bedarf von rund 38€ für alleinstehende Leistungsempfänger:innen.

Durch diese konstante Unterdeckung sammeln sich Stromschulden an, die zur Stromsperrung führen oder aber zu Prepaid-Zählern, womit die entstandenen überhöhten Strompreise bezahlt werden müssen. Neben den notwendigen Haushaltseinrichtungen wie Kühlschrank, Küchengeräte und Licht ist durch die Sperre für die Betroffenen oftmals auch Heizung und warmes Wasser nicht mehr verfügbar. Eine solche Wohnung ist unbewohnbar und wertlos. Jedes Jahr werden bundesweit bis zu 800.000 Haushalten Tendenz steigend die Stromversorgung von



ihrem Stromlieferanten gesperrt. Auch der Kreis Unna ist davon betroffen.

Selbst die vor kurzen beschlossene Einmal-Auszahlung zum Inflationsausgleich ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. In der Sozialberatung hören wir auch immer wieder das viele Transferleistungsbezieher:innen sich vor jedem Essen Fragen muss ich das jetzt warm machen oder soll ich es kalt essen.

Daher fordern wir als LINKE den vollständigen Ausgleich der Erhöhung der Strompreise, die sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 680€ und die baldige Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1200€.

Klimaschutz in Lünen:

Bebauung des Klötters Feld stoppen!

Von Simon Leusch, Lünen

Als der Rat der Stadt Lünen im Juli 2019 mehrheitlich für die Ausrufung des Klimanotstands stimmte, waren die Hoffnungen und Erwartungen groß. Der Wunsch nach einer grundlegenden Neuausrichtung in der kommunalen Klimapolitik ist in breiten Teilen der Bevölkerung durchzunehmende Extremwetterereignisse, dramatische wissenschaftliche Prognosen und durch die Sensibilisierung durch die mediale Präsenz sowie die Fridays for Future Proteste gewachsen.

Zwei Jahr später sorgten die starken Regenfälle im Juli 2021 in den Stadtteilen Horstmar und Niederaden für Überschwemmungen. Die Konsequenzen aus den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und Prognosen sowie den städtebau-

lichen Rahmenbedingungen sollten auf der Hand liegen. Währenddessen wurde in der Stadt Lünen im August 2021 ein Planungsverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans initiiert. Demnach soll das Klötters Feld mit einer Größe von 6,7 ha einer versiegelten Industriefläche weichen. Die „Bürgerinitiative gegen die Müllkippe Dortmund Nord Ost e.V.“ hat indes die Aktion „Rettet das Klötters Feld“ ins Leben gerufen und versucht über ein Bürgerbegehren die Versiegelung der Flächen zu stoppen.

Die absehbare Gefahr einer Überschwemmung der Stadtteile entlang des Lüserbachs, welcher durch die Einmündung eines weiteren Bachs und einer Vielzahl anliegender versiegelter Flächen bei Starkregenereignissen kaum die Was-



Erste themenbezogene Konferenz ein voller Erfolg

Von Till Peters,
Fraktion DIE LINKE, Bergkamen

Am Donnerstag, den 10.03.2022 richtete die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Bergkamen eine schulpolitische Konferenz in der Bergkamener Volkshochschule aus. Diese Konferenz soll den Aufschlag geben zu einer Reihe von Veranstaltungen dieser Art, mindestens möchte die Fraktion eine weitere Veranstaltung im Herbst 2022 machen. Zu welchem Thema diese dann sein soll, ist bisher noch nicht diskutiert worden.

Bei der schulpolitischen Konferenz waren neben den Podiumsteilnehmer:innen Katja Wohlgemuth (Direktkandida-

Schulsausschuss der Stadt Bergkamen) und per Videokonferenz Nicole Gohlke (Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag) weitere Bürger:innen gekommen, um an der Diskussion teilzunehmen. Dabei ging es nicht nur um den IST-Zustand des derzeitigen Systems „Schule“, sondern auch um die Frage, wie Schule sich verändern muss und in Zukunft aussehen soll.

Erfreulicherweise haben auch mehrere junge Menschen an der Konferenz teilgenommen und aktiv mitdiskutiert. Dies hat die Bergkamener Fraktion nicht nur in der Haltung bestärkt, mit jungen Menschen in der Stadt aktiv das Gespräch zu



tin für die Landtagswahl 2022), Gunhild Böth (Sprecherin der LAG Bildungspolitik von DIE LINKE. NRW und ehemalige Bildungspolitikerin im Landtag von NRW), Pia Kogler (Landesschüler:innenvertretung NRW), Till Peters (Mitglied im

suchen, sondern auch das Versprechen abzugeben, mit den jungen Menschen im Gespräch zu bleiben. Insgesamt bewertet die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Bergkamen diese Konferenz als einen vollen Erfolg.

sermassen abtransportieren kann, wird für die Schaffung eines weiteren Industriegebiets billigend in Kauf genommen.

Die Verhinderung der Bauvorhaben auf dem Klötters Feld darf nur der erste Schritt in der kommunalen Klimapolitik sein. Wir fordern vielmehr eine radikale Umkehr im der Klimapolitik. Die Spirale aus Abholzung von Waldbeständen, Versiegelung von Flächen, gesteigertem Ressourcenverbrauch und der wirtschaftlichen Wachstumslogik muss beendet werden. Falls die Ausrufung des Klimanotstands mehr sein soll als die Selbstinszenierung im Rahmen des Greenwashings, fordern wir die Umsetzung der folgenden Punkte:

- Großflächenrenaturierung, um Wassermassen bei Starkregenereignissen versickern zu lassen und bei lang anhaltenden Hitzeperioden im Kampf gegen Hitzeinseln.
- Vom motorisierten Individualverkehr zum Ausbau eines kostenlosen, öffentlichen Nahverkehrs, um Feinstaubbelastungen, Energiebedarf und Flächennutzung zu reduzieren.
- Umdenken in der Städteplanung: Schaffung von begrünten, autofrei-



en Zonen und dem Ausbau des Radnetzes und der finanziellen Unterstützung beim Kauf von Lasten und Elektrorädern.

■ Unterstützung von Ansätzen der Gemeinwohlökonomie und die Abkehr von der Logik eines auf Wachstum basierenden Wirtschaftsmodells, welches einen gesteigerten Ressourcen- und Energiebedarf mit sich bringt
Bürgerinitiativen bilden ein notwendiges Korrektiv gegenüber der politischen Ignoranz bei der Umsetzung der überflüssigen Schritte zur Verhinderung der Klimakatastrophe.

Wir werden auch weiterhin für sozialverträgliche und grundlegende Veränderungen in der Klimapolitik eintreten.

Kampf gegen Windmühlen – Als Einzelkämpfer im Gemeinderat

OV Bönen

Mit 4,4% wurde DIE LINKE. bei der Kommunalwahl 2020 wieder in den Gemeinderat der Gemeinde Bönen gewählt. Ein sicherlich gutes Ergebnis für den Bönener Ortsverband, konnte man das Ergebnis von 2014 wiederholen. Jedoch bedeutet dies auch, dass mit Senay Oturak wieder ein Einzelkämpfer im Gemeinderat sitzt.

Diesen Kampf gegen Windmühlen hat Senay Oturak – der für die Bönener LINKE. mit dem Slogan „Vor Ort für Alle“ in den Gemeinderat eingezogen ist – angenommen und mit Beginn der Wahlperiode deutlich gemacht, wie ernst es ihm ist. Denn neben der Arbeit im Gemeinderat hat der Bönener Ortsverband in der Lenningerstraße 1 im März 2021 auch ein Parteibüro eröffnet. Dieses steht nicht nur den Menschen für Ihre Sorgen und Nöte zur Verfügung, sondern auch den Bönener Vereinen, wenn Sie denn wollen.

Das die Sorgen und Nöte der Bürger:innen in Bönen nicht nur auf offene Ohren stoßen, sondern dass diese auch ernst genommen werden, das hat sich sowohl in mehreren Anfragen, als auch in nicht weniger Anträgen im Gemeinderat gezeigt. Sei es eine nervenraubende Schlange bei der Post in der Ortsmitte, fehlende Parkmarkierungen und die dadurch resultierend deutlich verschlechterte Parksituation. Das vermag erst einmal banal wirken, doch sind es meist auch diese Dinge, die entscheidend für die Zufriedenheit der Bürger:innen mit Ihrer Stadt oder ihr-

rem Stadtteil, ja Viertel sind. Hier ist es dann auch in Bönen so, dass wir LINKE. anscheinend näher an den Bürger:innen sind.

Dieses Engagement scheint mittlerweile nicht nur die anderen Bürgervereine und Parteien – auch außerhalb des Gemeinderates – zu stören, sondern auch die Bönener Gemeindeverwaltung. So ist es keine Seltenheit, dass über Rederecht – bis hin zur Gemeindeaufsicht beim Kreis Unna – oder über verspätete Antworten von Anfragen debattiert und gestritten wird. Das Leben als Einzelkämpfer im Gemeinderat ist nicht leicht, sondern teils ein Kampf gegen Windmühlen.



Kommunale Gebäude müssen auch kommunal errichtet werden!

Von Oliver Schröder

Durch den Wegfall des Bergbaus und den damit bereits in den 1980er Jahren beginnenden Strukturwandel, der auch im Kreis Unna die weggebrochenen Arbeitsplätze nicht vollumfänglich ersetzen konnte, gilt das Ruhrgebiet nach wie vor als strukturschwache Region. Hinzu kommt die schwache Finanzlage der Ruhrgebietskommunen, die wir auch nicht nur in Bergkamen, sondern im Kreis Unna in Gänze nur zu gut kennen, die die Gestaltungsräume einschränken. Dies führt dann u.a. dazu, dass Kommunen wichtige Aufgaben wie die Errichtung kommunaler Gebäude, sei es eine Kindertagesstätte, ein Schwimmbad oder wie in Bergkamen in den letzten Monaten viel diskutiert, eine Rettungswache, nicht mehr erfüllen können und hier auf die Hilfe sowie Unterstützung privater Investoren angewiesen sind. Diese finanzieren und errichten nicht nur kommunale Gebäude, sondern vermieten oder verpachten diese dann über mehrere Jahrzehnte an die Kommunen.

DIE LINKE. fordert aus gutem Grund die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im föderalen System von Bund, Ländern und Kommunen, denn kommunale

Dienstleistungen – Kindergärten und Schulen, Feuerwehr und Rettungsdienst, Stadtbüchereien und Schwimmbäder, Straßen und Radwege, aber auch der öffentliche Personennahverkehr – entscheiden im Wesentlichen darüber, ob sich Menschen vor Ort, in den Städten und Gemeinden wohlfühlen, ob sie ihren Lebensalltag problemlos bestreiten können und ob sie ihre Freizeit unbeschwert verbringen können.

Hierzu gehört aus unserer Sicht auch die Errichtung kommunaler Gebäude. Um nicht nur unabhängig(er) von privaten Investoren zu sein und eine moralische, wie politische Zwickmühle – die wir an anderer Stelle schon konkret in Bergkamen kritisiert haben – zu vermeiden, könnte hier zukünftig die kommunale Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) als Investor und Bauherr auftreten. Damit die entsprechenden Strukturen durch die Gesellschafter – dies sind neben der Stadt Bergkamen (mit 20,60%) auch der Kreis Unna (40,84%), die Stadt Unna (14,66%), die Stadt Kamen (11,00%), die Stadt Fröndenberg (4,90%), die Stadt Selm (3,00%) sowie die Gemeinden Bönen (3,00%) und Holzwickede (2,00%) – geschaffen werden

Mountainbike-Strecke im Bornekamp erhalten!

OV Unna, Holzwickede, Fröndenberg

In Unna gibt es eine lebendige Gesellschaft, mit einem wachen und freundlichen Blick, die offen, liebenswürdig und auch tolerant ist. Doch zu einer solchen Gesellschaft gehören eben auch Einrichtungen, die es den Menschen ermöglicht dieses Miteinander auch zu leben. Hier ist es in den vergangenen Jahren jedoch in Unna zu vielen Schließungen eben dieser Einrichtungen gekommen. Beispielsweise hier das Freibad in Massen oder die Eissporthalle genannt.

Bei den Schließungen der Einrichtungen ging es wie so oft um das liebe Geld, welches andernorts auch gerne mal verpulvert wird. Dabei sollte es doch bei solch wichtigen Einrichtungen um die Lebensqualität aller in Unna lebenden Menschen gehen. Dieses Miteinander hat eine ganze, gute Zeit lang funktioniert und dazu hat immer auch die Autonomie der aktiven Freiwilligen beigetragen. Das ist z. B. im Bornekampbad und im Kulturzentrum, die in der Vergangenheit um ihr Überleben kämpfen mussten, der Fall. Der Tod der Jugendheime und des Ateliers in Unna konnte so allerdings nicht verhindert werden..

Es ist doch wichtig, dass die Stadt die Initiativen der Bürger:innen unterstützt und diese nicht zunichte macht, um alles zu reglementieren. Alle Einrichtungen, in denen sich Menschen in Unna kreativ und eigenständig bewegen, werden den Bürgern entzogen oder in ein Regelwerk gepresst, wie der jetzt von anderen

Parteien vorgeschlagene „Freizeitpark“ auf dem Gelände des bereits erwähnten Freibades in Massen. Leben braucht Vielfalt und Eigenständigkeit!

Für viele Menschen hier in Unna ist es wichtig sich einem Verein anzuschließen und einen Verein zu leben. Es gibt aber auch genauso viele Menschen, die sich eben nicht einem Verein anschließen, sondern sich individuell ohne Verein und wild entschlossen seinen Sport- und Freundeskreis zu suchen.



Der sogenannte Bombentrichter im Bornekamp hat eine Tradition, wie seinerzeit das Atelier, die Eissporthalle und das mehrfach erwähnte Freibad. Böse gesagt soll auch hier wieder der einkommensschwachen Bevölkerung jegliche Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe genommen werden. Es erweckt den Eindruck, dass es der Stadtverwaltung scheinbar egal ist, soziale Netzwerke zu zerschlagen, für deren Kosten sie dann aufkommen muss. Wir LINKE. in Unna unterstützen daher die Forderung der aktiven Mountainbiker den Bombentrichter im Bornekamp für die dort sporttreibenden Menschen zu bewahren.

bestand, haben wir hierzu eine positive Rückmeldung der Geschäftsführung der UKBS erhalten. Die Weichen waren also gestellt für dieses ohne Frage ambitionierte Projekt einen ergebnisoffenen Prozess aus dem Rat der Stadt Bergkamen heraus zu starten.

Jedoch haben wir die Rechnung ohne die Bergkamener SPD gemacht, die dieser ur-sozialdemokratischen Position kommentarlos die Zustimmung verwehrt hat. Damit hat man zumindest in Bergkamen erst einmal eine Chance vertan, dem Kreis Unna und den Kommunen Handlungsfreiheit zurückzugeben.



Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) als Investor und Bauherr kommunaler Gebäude

Mehr Ehrlichkeit

Gregor Gysi

Es gibt eine Vertrauenskrise der Politik. Wenn bei der letzten Bundestagswahl 38,5 Prozent der Wahlberechtigten entweder gar nicht abgestimmt oder ihre Stimme ungültig gemacht oder die AfD oder kleine Parteien gewählt haben, die gar keine Chance hatten, in den Bundestag einzuziehen, wird deutlich, wie viele Menschen den demokratischen Bundestagsparteien misstrauen.

Diese Vertrauenskrise ist in der Corona-Pandemie deutlich geworden, aber sie hat weit früher begonnen. Es ist vor allem die immer weiter zurückgehende Glaubwürdigkeit der Politik, die Misstrauen schürt. Wenn Gesetze in den Ministerien direkt von Unternehmensvertretern geschrieben werden, die von diesen Gesetzen betroffen sind und diese dann so ge-

stalten, dass sie letztlich zugunsten der Unternehmen ausfallen, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, wie dann eigentlich ihre Interessen vertreten werden.

Dass lange Zeit darüber debattiert wurde, die in Deutschland bestehende Impflücke mit einer Impfpflicht zu schließen, obwohl eine solche Pflicht lange Zeit von allen Parteien ausgeschlossen worden war, führt nicht nur zu Verdruss, sondern zeigt zugleich das Versagen der Bundesregierungen, der jetzigen und der letzten. Andere Länder wie Portugal, Spanien, Dänemark haben viele höhere Impfquoten ohne Pflicht. In Deutschland hingegen erlebten wir Desorganisation: zuerst fehlende Impfstoffe, dann zu wenig Impfstellen, heute nicht wirklich belastbare Zahlen – das ist ein Trauerspiel. Hierzulande zeigt etwa Bremen mit einer linken Gesundheitssenatorin, dass man mit Auf-

klärung, direkter Ansprache aller Bevölkerungsteile und guter Organisation eine Zweifachimpfquote von 87,5 Prozent der Bevölkerung erreichen kann. Von Bremen lernen, heißt Impfen lernen. Schade, dass nicht alle Bundesländer diesen Weg gegangen sind. Ein gewisser föderaler Erfahrungsaustausch statt föderaler Eigenbrötelei wäre nicht nur in dieser Beziehung sinnvoll.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind essentielle Grundlagen für unsere Demokratie. Wenn die genannten 38,5 Prozent der Bevölkerung diese Grundlage gestört sehen, ist das ein Alarmzeichen. Fünf bis zehn Prozent hielte eine Demokratie vielleicht aus, aber 38,5 Prozent sind viel zu viele und auf Dauer nicht verkraftbar.



Die Politik muss sich wesentlich mehr Gedanken darum machen, wie man Vertrauen herstellen kann: durch eine allgemein verständliche Sprache, durch die Angabe der wahren Beweggründe für Entscheidungen, durch die Überwindung des gesamten Lobbyismus und vor allem durch deutlich mehr Ehrlichkeit.

Augenmerk auf die Kleinsten

Andre Köpp (OV Unna)

In Unna versuchen wir eng an den Menschen zu sein, ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte zu haben. Aus diesem Grund unterstützen wir Bürgerinitiativen, wie beispielsweise zum Erhalt der Unnaer Eissporthalle und bringen Bürgeranregungen, wie beispielsweise die Mountainbike-Strecke im Bornekamp in den Rat der Stadt Unna, denn den Bürger:innen gehört die Stadt.

Da sich unser Ortsverband über die Städte Unna, Holzwickede und Fröndenberg erstreckt, haben wir uns auf die Fahnen geschrieben zukünftig auch wieder in Holzwickede und Fröndenberg aktiver zu werden, denn auch dort gibt es Bürger:innen, die sich weder gehört, noch wahrgenommen fühlen und eben diesen Menschen wollen wir eine Stimme geben. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Kleinsten in unserer Gesellschaft. Wir fordern gerechtere Kitagebühren und den Ausbau benötigter Kitakapazitäten.

Zum Markenkern stehen und standhaft bleiben

Peter Weyers (OV Schwerte)

Wir als LINKE müssen, wenn wir die Menschen überzeugen wollen, standhaft bleiben und dürfen unsere Überzeugungen nicht auf dem Basar der Regierungsbeteiligung(en) opfern.

Kurz vor der Bundestagswahl 2021 konnte der Eindruck entstehen, dass man sich quasi ohne Not den künftigen Koalitionspartnern SPD und Grünen anbiedernde und bereit war, noch vor der Wahl, linke Überzeugungen und Forderungen für eine Regierungsbeteiligung zu opfern. Die Quittung dafür haben wir bekommen.

„Es ist unfair, Politiker an Ihren Wahlversprechen zu messen“. Diesem Zitat von Franz Müntefering müssen wir deutlich widersprechen!

Wir müssen zu unseren Markenkernen stehen; vor einer Wahl und nach einer Wahl.

Dazu gehört unsere Haltung zu Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen in Krisengebiete. Auch gegen den Mainstream sollten wir gegen Waffenlieferungen an die Ukraine Stellung beziehen und jede Art von Krieg verurteilen. Es gibt keine

„guten“ Kriege.

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete verlängern das Leiden der Zivilbevölkerung und füllen die Konten der Rüstungskonzerne und die Taschen ihrer Aktionäre.

Ein weiterer Markenkern ist unser Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Ohne uns gäbe es bis heute keinen Mindestlohn! Dessen Einführung ist keine Idee der Sozialdemokraten gewesen.

Die Erhöhung des Mindestlohnes kann aber nur ein erster Schritt sein, weil auch 12 Euro Stundenlohn nicht vor Altersarmut schützen. Katastrophal ist die immer weiter wachsende Kinderarmut, weil sich hier Strukturen verfestigen. Hier ist die Spaltung der Gesellschaft schon in vollem Gange.

Wir müssen deutlich machen, dass wir an der Seite der Menschen stehen, die sich keine Gesetze kaufen können. Wir müssen deutlich machen, dass wir weiterhin nicht käuflich sind und keine Spenden von Industrie und Konzernen annehmen.

Wenn wir darin nicht nachlassen und den Kontakt zu den Menschen suchen, werden wir weiterhin eine ernst zu nehmende politische Kraft in Deutschland bleiben.

Mensch sein, Transparent arbeiten

Rebeka Kämpfe (KV Unna)

„Ehrlichkeit und Politik in einem Satz – das erscheint absurd!“. Gerade deshalb müssen wir darüber reden. Meiner Meinung nach hat insbesondere der Umgang der Regierung seit Beginn (insbesondere ZU Beginn) der Corona-Pandemie dazu geführt, dass das Vertrauen der Menschen in Politiker nochmal gesunken ist. Zu schnell und zu früh und viel zu unüberlegte Aussagen sind meiner Meinung nach Mitauslöser für diesen Mangel an Vertrauen.

„Höher stehende“ Politiker:innen genießen ein Ansehen von „Übermenschen“ von „Allwissenden“ – dabei sind sie keinen Deut schlauer als der Rest der Bevölkerung, nur dass sie das Geld und die Kontakte haben, sich wissenschaftlich fundierte Meinungen und Empfehlungen einzuholen. Ich kann den Menschen die Skepsis nicht verübeln. Mein Plan

für mehr Ehrlichkeit in der Politik ist: Unwissenheit und Fehler zugeben, Mensch sein, transparent arbeiten, keine Unternehmensspenden annehmen und ab und an einfach mal die Klappe halten, bevor man wissentlich Unfug von sich gibt.

Tue was Gutes und Du erfährst Gutes

Senay Oturak (OV Bönen)

Ich habe mich nicht wählen lassen, um mit Anzug und Krawatte in die Gemeinderatssitzung zu gehen und den Leuten zu sagen „ich bin was Besseres“, nein, ich habe mich wählen lassen, damit ich den Menschen helfe. Selbst wenn ich nur zwei, drei Menschen helfe, dann ist das schon etwas Besonderes.

Ich bin auch der Meinung, tue was Gutes und Du erfährst auch Gutes und wenn man Politik macht, dann sollte man ehrlich sein und den Menschen keine leeren Versprechungen und auch keine Zukunftsversprechen machen. Deswegen verspreche ich den Menschen nichts, sondern höre den Menschen zu und bin für sie da, wenn sie mich brauchen. Das kann ich halten und das ist für mich Gemeindegerechtigkeit.

Ideale nicht aufgeben, sondern für diese kämpfen

Simon Leusch (OV Lünen-Selm)

So unterschiedlich die Lebensgeschichten der Genossinnen und Genossen im OV Lünen-Selm auch sein mögen, uns verbindet die Leidenschaft für unsere Ideale: Soziale Gerechtigkeit, Pazifismus, Klimaschutz, Kampf gegen Rassismus und für ein Wirtschaftssystem, welches nicht auf Ausbeutung von Menschen und Natur basiert.

Wir begnügen uns nicht mit kleinen Anpassungen, sondern streben grundlegenden Veränderungen in diesen Punkten an. Hierbei versuchen wir in Lünen und Selm

als ehrlicher und verlässlicher Partner im Kleinen die Welt zu verbessern. Dazu unterstützen wir unterschiedlichste Projekte, sensibilisieren für Missstände und versuchen die Stimme all jener zu sein, die sonst nicht gehört würden.

Wir werden auch in Zukunft unsere Ideale nicht im opportunistischen politischen Alltag aufgeben, sondern ehrlich, transparent und hartnäckig für deren Erreichung kämpfen.

Mutig sein und ehrliche Meinung äußern

Christin Köller (OV Werne)

Mehr Ehrlichkeit und Rückgrat sind etwas, das der Politik heutzutage leider viel zu sehr fehlt. Zu häufig trauen Politiker sich nicht ihre ehrliche Meinung zu äußern, da sie negative Rückmeldung durch die Presse fürchten oder meinen, dass sie immer zu 100% ihre Partei vertreten müssen und daher Stillschweigen bewahren, wenn sie anders denken. Das sorgt nur für Unsicherheit und Desinteresse der Bürger.

Ideen offen und selbstbewusst nach außen tragen

David Storksberger (OV Werne)

Schon vor den Krisen der letzten Jahre hatten viele Leute nur wenig Grund zur Annahme, dass sich ihre Lebensumstände zum Besseren entwickeln werden. Doch mit der Zuspitzung der Klimakrise und dem immer aggressiveren Ton in der Außenpolitik, der schließlich im offenen Krieg mündete, werden die Bedrohungsszenarien so real wie noch nie. Es wird immer deutlicher, dass nun echte Alternativen zur aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftsform her müssen, um in Zukunft Freiheit und Wohlstand gewährleisten zu können. Hier müssen wir LINKEN angreifen und unsere Ideen offen und selbstbewusst nach außen tragen.

**Mehr Ehrlichkeit
in der Politik**

DIE LINKE.
Kreisverband Unna

Die Kinder der Ungleichheit

Carolin & Christoph Butterwegge

Von Peter Weyers

Im Jahr 1965, während des Wirtschaftswunders in der BRD, bezog jedes 75. Kind Sozialhilfe; heute ist mehr als jedes 7. Kind auf Sozial- bzw. Arbeitslosengeld II angewiesen, im Volksmund „Hartz IV“ genannt. Wenn man das offizielle Kriterium der Europäischen Union zugrunde legt, in einem Haushalt zu leben, dessen Nettoeinkommen bedarfsgewichtet weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt, ist in Deutschland sogar mehr als jedes 5. Kind armutsgefährdet bzw. einkommensarm. Diese Kinder und Jugendlichen haben vom ersten Geburtstag an viel schlechtere Chancen als ihre Altersgenossen die in relativem Wohlstand oder gar Reichtum hineingeboren werden.

Kinderarmut wurde geleugnet oder verharmlost, indem man die relative Einkommensarmut in Deutschland mit der absoluten, extremen oder existenziellen Armut in den Entwicklungsländern nach dem Motto verglich: Wenn ein Kind in einer Lehmhütte des globalen Südens aufwächst, dann ist es „wirklich“ arm, wenn ein Kind mit Hartz IV in einem Hochhaus aufwächst, jammern seine Eltern jedoch auf hohem Niveau, hieß es.

Relative Armut heißt nicht deshalb so, weil man sie relativieren kann. Im Gegenteil: Manchmal ist die relative Armut so-

gar erniedrigender, demütigender und demoralisierender als die absolute. Trägt beispielsweise ein Jugendlicher im tiefsten Winter auf dem Schulhof die zerrissenen Kleidungsstücke größerer Geschwister oder bloß Sommerkleidung und Sandalen, leidet er unter dem Gelächter und der Verachtung seiner Mitschüler:innen wahrscheinlich mehr als unter der Kälte.

Aktionen in der Vorweihnachtszeit, wie „Ein Herz für Kinder“ bringen die Kinderarmut in die Medien. Charity-Ladies, Filmstars und Spielerfrauen überschlagen sich medienwirksam, wenn es darum geht, Spenden zu sammeln. Dies löst aber nicht das eigentliche Problem. Denn solange die Strukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen in unserer Gesellschaft nicht verändert werden, die Kinderarmut hervorbringen, leiden auch künftige Generationen wieder darunter.

Selbst wenn man extrem reiche Kinder, denen ihre Eltern oft Hunderte von

noch to reddigen? Ik hevve doch hoape, dat et en werktüüg weasen kan, üm us to verbinden. Ouk ööver grensen, ööver snäden weg. Med internet un social media kan eynd med de heyle werld in't küärn kuamen. Un platdüütsk doot de lüde nich män in Düütskland präten. Ouk in de Neaderlande, in Dänemark selvs in Amerika givt dat lüde, by de et noch in bruk is. Män up alle disse dinge müät jy noch hwat töyven. Dår is my hwat dår twüsken kuamen.

Et is kryg! Üürlaag. Midden in Europa. Rusland het dat recht broaken, dat is neyne vräge! Et givt neynen rechten grund, de Ukraine antogrypen. Sik to wearen dat is de Ukraine üür recht. De vräge is medhen: Hwat is to doon? Wilt wy helpen? Küänt wy helpen? Hwat my so richtig behagen deit is de oligarchen dat spiltüüg to niamen. Waere män good wy deaden



Millionen Euro steuerfrei als Unternehmensbeteiligungen schenken oder vererben, in der Betrachtung außen vor lässt, besteht eine große Chancenungleichheit zwischen armen Kindern und solchen, die

dat by alle oligarchen uut alle länder. De super-ryken hevvet geld noog. Geld, dat arme mensken behövet. Geld dat eynd n braken kan vöör dat reddigen van't klyma. Vöör busse un baan. Vöör uase skolen, uase sükenhüser, vöör pleager*ske un doktor*ske. Do de lüde wiatet, dat uase geselskap acht givt up se, do sint se villicht willens af to seen van üälg uut Rusland.

Kryg in Europa. Dat is nich ny, dat gav dat aal vrögger. De twedde werldkryg, de van Düütskland maked was. Millionen sint dood bliaven. De drittigjaerige kryg. Un noch vrögger. Dårmåls gav dat kryg twüsken de Franken un de Sassen, as dat kristendoom nå us hen kwam. Den ändern dag såg ik Böhmermanns Jan up Youtube. „Krieg, das ist doch was von gestern“ sagde he. Ney, de historie is noch nich vöörby! Blyvt waaksaam! Ik wünske my vriade vöör ju un vöör de heyle werld.



Goden dag leve lüde!

Von Timo Putzer

Hwat is dår blout los in Europa? Ik wold ju hwat vortellen van uase platdüütsk, or sassisk as lüde et ouk nöämen deit. Van hwår de språke weg kümt un hwu dat was, vrögger in de olden tyd. Den wold ik ouk skryven ööver vandage, de rulle van sassisk in de moderne un ouk hwat ööver de tokumst. Hwat wilt wy doon med platdüütsk. Is et noch to braken? Is et

Eintritt frei

KULTUR & POLITIK

POETRY SPOKEN WORD BERNICE EKOULA
ARTISTIC by

SPEECH LINKER WAHLKAMPF by ANKE WILLNAT, KATJA WOHLGEMUTH & REBEKKA KÄMPFE

MUSIC FOLKVOM FEINSTEN by PILGRIM PROJEKT

Freitag, 29. April 2022, 19:00 Uhr
Heidekneipe – Kneipe & Kultur
Heidestr. 55, 58239 Schwerte

DERECHTIGKEIT BRAUCHT
DIE LINKE.

DIE LINKE. Fest
07.05.2022, 13:00 Uhr
Wasserpark Bergkamen

Mit Katja Wohlgemuth, Wahlkreiskandidatin
und Carolin Butterwegge (Spitzenkandidatin NRW)

in bürgerlichen, wohlhabenden Verhältnissen aufwachsen. Hinsichtlich Bildung, Gesundheit, kultureller Teilhabe und Wohnumfeld verschärfen sich die Unterschiede zusehends. Der Trend ist seit 1965 ungebrochen. Können wir es uns leisten, einen großen Teil unserer jungen Generation abzuhängen und auf Dauer zu präkarisieren?

In Ihrem Buch geben Carolin und Christoph Butterwegge eine Antwort darauf und schlagen Gegenmaßnahmen vor.

ISBN 978-3-593-51483-3
Campus-Verlag

Mitmachen und einmischen

Es gibt viele gute Gründe sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Frieden, bezahlbaren Wohnraum und gegen Nazis zu engagieren. Und es gibt viele Möglichkeiten bei uns mitzumachen: Du kannst unsere Mieten- und Pflegekampagne unterstützen, im Wahlkampf oder bei Aktionen mitwirken oder Haustürgesprächen führen. Du willst aktiv werden? Dann trete doch gleich in DIE LINKE ein und mach mit.

Wir freuen uns auf Dich! Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären

www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

Kontakt

DIE LINKE KREIS UNNA:
partei@dielinke-kreis-unna.de

KREISVORSTAND
Email:

r.kaempfe@dielinke-kreis-unna.de
fam.schaumann@t-online.de
k.h.schimpf@schwerte.de

Social Media:
www.facebook.com/dielinke.kv.unna
www.instagram.com/dielinkekvunna

Homepage:
www.dielinke-kreis-unna.de

Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimberstraße 5, 58239 Schwerte.

Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie bitte an
linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de.

DIE LINKE.
Kreisverband Unna